

28 (1992) 2/3

LAND  
BRANDENBURG



betr:

# Frauen

nr. 2/3



+++ Frauen und Verfassung +++ Gesetzliche  
Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs  
+++ Frauen in Führungspositionen +++  
Jugend- und Frauenstudien +++ Frauen und  
Arbeit +++ Frauenwoche '92 +++

## In dieser Ausgabe

Editorial .....	Seite 2
<b>Manfred Stolpe</b> Frauen in Brandenburg ....	3
<b>Marianne Birthler</b> Vorfahrt für Frauen .....	5
<b>Tatjana Böhm</b> Verfassung und Partizipation von Frauen .....	8
<b>Eva Kunz</b> Die gesetzliche Neuregelung zum § 218 .....	9
Ehrungen .....	10
<b>Elfi Wiedemann</b> Frauen in Führungspositionen .....	11
6. Frauenfachkonferenz Ost .....	14
4. Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten der Hochschulen .....	15
Internationaler Frauentag 1992 .....	16
<b>Horst Kühn</b> Studie "Jugendgewalt im Land Brandenburg" .....	17
<b>Barbara Braun</b> Brandenburgische Frauenwoche '92 .....	21
Frauenstudien .....	23
Frauen und Arbeit .....	25
Projektgruppe OWEN .....	26
Frauensendungen .....	27

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in unserer am 21. August 1992 in Kraft getretenen brandenburgischen Verfassung heißt es in Artikel 12:

**"Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung durch wirksame Maßnahmen zu sorgen."**

Die Landesregierung ist gefordert, diese Ziele konsequent umzusetzen.

Schon lange, bevor die Verfassungsdiskussion abgeschlossen war, hat das Kabinett solche "wirksamen Maßnahmen" ergriffen. Ich nenne nur unsere großen Anstrengungen zur Finanzierung der Kindergärten, Krippen und Horte.

Es gibt in der Gleichstellungspolitik der Landesregierung aber auch noch unübersehbare Defizite. Elfi Wiedemann, die Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg, hat in einer ersten Studie über "Frauen in Führungspositionen" (vgl. S. 11 dieses Heftes) nicht nur in die Universitäten und Schulen des Landes geschaut, sondern auch den Anteil von Frauen in Leitungspositionen der Landesregierung untersucht.

Das Ergebnis ist alles andere als erfreulich: Beispielsweise gibt es nur drei Abteilungsleiterinnen, aber 51 Abteilungsleiter, 59 Referatsleiterinnen, aber 259 Referatsleiter.

Über die Bedeutung dieser Zahlen darf man sich nicht hinwegtäuschen. Sie dokumentieren eine Entwicklung, die umgehend gestoppt und korrigiert werden muß. Wenn die Landesregierung dem Verfassungsauftrag der Gleichstellung von Frau und Mann gerecht werden will und andere auffordert, dieses Gebot zu erfüllen, muß sie bei sich selbst und ihrer eigenen Personalpolitik anfangen. Dies ist nicht nur ein Appell. Natürlich sollte jedes Landesministerium ab sofort bei Neubesetzungen Frauen berücksichtigen und auch regelrecht dafür werben, daß Frauen sich für leitende Positionen zur Verfügung stellen. Es gibt Blockaden und Hindernisse, die man aus dem Weg räumen kann. Dies ist nicht immer leicht, aber es geht, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

Wir müssen jedoch darüber hinaus von bloßen Absichtserklärungen zu verbindlichen - auch gesetzlichen - Regelungen kommen. In meinem Ministerium ist ein Gleichstellungsgesetz in Vorbereitung, das die Gleichbehandlung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst regeln soll. Die Arbeiten an diesem Gesetz sollen so vorangebracht werden, daß es zu Beginn des kommenden Jahres vom Landtag beraten und beschlossen werden kann.

*R. Hildebrandt*

Dr. Regine Hildebrandt

## Impressum

"betr: Frauen", nr. 2/3

Herausgegeben vom

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF)**

Heinrich-Mann-Allee 103, O-1561 Potsdam.

**Redaktion und Gestaltung:** Marion Lührig (Tel. 36-383),

**Mitarbeit:** Dr. Erdmute Trappmann, Martina Schmidt (Tel. 36-239)

**Fotos:** Tille Ganz (Titel und S. 10, 22); , Ingrid Hartmetz (S. 16);  
Magda Greßmann (S. 21 und Rücktitel)

**Druck:** UNZE-Verlag, Potsdam

**Vertrieb:** Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF),  
Heinrich-Mann-Allee 103, O-1561 Potsdam

Das Titelfoto stammt von der Auftaktveranstaltung der Brandenburgischen Frauenwoche 1992 in Potsdam-Babelsberg; im Bild links unten: die bekannte Keramikerin Hedwig Bollhagen (vgl. S. 10)

Rückseite: Fotoreportage von der Brandenburgischen Frauenwoche

Dr. Manfred Stolpe

## Frauen in Brandenburg - Zwischen Verdrängung und Partizipation

Aus 40 Jahren getrennter Frauengeschichte in Ost und West mit spezifischen weiblichen Lebenserfahrungen angesichts unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Lebensverhältnisse resultieren verschiedene Probleme und Selbstverständlichkeiten im Lebensalltag von Frauen und Müttern.

Gemeinsam ist ihnen allerdings das Wissen und Erleben der Zweitrangigkeit des weiblichen Geschlechts in einer sowohl in der DDR als auch der alten BRD patriarchalisch verfaßten Gesellschaft.

### *Hüben wie drüben - Frauen in Leitungsgremien unterrepräsentiert*

Wie im Westen, so waren auch im Sozialismus Frauen auf den Führungsebenen des Staats- und Ministerrates, des Zentralkomitees und Politbüros der SED und ebenso des FDGB allenfalls vereinzelt vertreten. In den Leitungsgremien von Wirtschaft und Verwaltung waren Frauen auf die untere und mittlere Ebene konzentriert, und in den Spitzenfunktionen von Industrie und Landwirtschaft machten sie höchstens 2 bis 3 Prozent aus.

Und obwohl das Familiengesetzbuch der DDR die Gleichberechtigung in Form einer Teilung von Haushalt und Kindererziehung zwischen den Ehegatten vorsah, wurden - ähnlich wie in den alten Bundesländern - 70 bis 80 Prozent aller anfallenden Haus- und Familienarbeiten von Frauen bestritten.

Trotz der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hüben und drüben gab es aber hinsichtlich der Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit gravierende Unterschiede: Während im Westen durchschnittlich nur jede zweite Frau einem Beruf nachging, waren es im Osten vor der Wende über 90 Prozent. Die nichterwerbstätige Frau und Mutter stellte die Ausnahme dar. Die hohe Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt wurde gestützt durch ein flächendeckendes Netz an Kinderbetreuungs- einrichtungen und der Bereitstellung

warmer Mahlzeiten für die heranwachsende Generation sowie eine Reihe von Dienstleistungsbetrieben zur Entlastung von notwendigen Hausarbeiten.

Wie läßt sich die Berufs- und Lebenssituation der ostdeutschen Frauen im vereinten Deutschland kennzeichnen?

Nicht von ungefähr sind nach einer jüngsten Umfrage über 80 Prozent der Brandenburgerinnen der Auffassung, es ginge ihnen schlechter als vor der Wende.



Für die Mehrheit der brandenburgischen Bevölkerung - ca. 55% sind Frauen - hat die wirtschaftliche und politische Einheit alte Leitbilder und Gewohnheiten zerbrochen. Überrascht von den Mechanismen der Marktwirtschaft sind Frauen in weit höherem Maße als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Bei einem Anteil von 61 Prozent ist "der normal-arbeitslose Mensch" eine Frau! Mit anderen Worten: Auf dem Arbeitsmarkt ist eine Verdrängung von Frauen zu beobachten, mit dem Ziel, die Frauenerwerbsquote im Osten dem Westniveau anzugleichen, was konservative Politiker für "normal" halten.

Für ebenfalls "normal" gehalten wird offenbar von vielen einflußreichen Politikern der Versuch, den Frauen die eigenverantwortliche Entscheidung über ihre ureigensten Angelegenheiten abzusprechen. 20 Jahre Fristenregelung

stehen auf dem Spiel. Einer kürzlich bekanntgewordenen Umfrage zufolge befürworten drei Viertel aller Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg eine Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafrechts. Wir haben eine klare Erwartung an den Bundestag und hoffen auf Vernunft auch in den Reihen von CDU und FDP.

Deshalb gilt es auch weiterhin, alle Aktivitäten darauf zu konzentrieren, eine drohende gesamtdeutsche Neuregelung mit erheblichen Verschlechterungen für die Frauen im Osten zu verhindern.

Angesichts dieser Entwicklung machen sich Depression und Resignation breit. Anzeichen eines gesellschaftspolitischen Rückzugs von Frauen und der Bereitschaft, sich laut- und klaglos durch Männer weiter in die Familie abdrängen zu lassen, werden unübersehbar.

### *Die Frauenerwerbsquote in den alten Bundesländern ist für Brandenburg kein Maßstab*

Trotz alledem erhalten die Frauen in Brandenburg ihren Anspruch auf Erwerbsarbeit aufrecht. Sie haben hierbei die volle Unterstützung der Landesregierung. Die Frauenerwerbsquote in den alten Bundesländern ist für Brandenburg kein Maßstab.

Aber wir brauchen hier die Bereitschaft der Privatwirtschaft, Frauen weiterhin zu beschäftigen. Die Chancen arbeitsloser Frauen, auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden, sind in Relation zur Arbeitslosigkeit drastisch geringer; und ganz besondere Sorgen machen wir uns um das Ausbildungsplatzangebot für Mädchen. In diesem Jahr werden Ausbildungsplätze noch knapper sein als im vergangenen Jahr; und wir müssen alles dafür tun, daß alle Schulabgängerinnen die Möglichkeit zu einer qualifizierten Ausbildung erhalten.

Den drohenden Abbau von Kindertagesstätten im Osten haben wir in Brandenburg abwehren können, aber mit einem Kraftakt, bei dem viele Kommunen an die Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit stoßen.

Wir betrachten ganztägige Betreuungseinrichtungen als Grundvoraussetzung für eine Erwerbstätigkeit der Eltern und als eine Chance für Kinder zum sozialen Lernen und zur Partizipation an ihrem "öffentlichem Leben".

### *Neue Gemeindeordnung muß Netzwerk der Gleichstellungsbeauftragten festschreiben*

Die inzwischen - auf der Grundlage der Kommunalverfassung von 1990 - tätigen 135 Gleichstellungsbeauftragten sind als wichtige Säulen praktischer Gleichstellungspolitik nicht mehr wegzudenken. Die neue Gemeindeordnung sollte dieses institutionalisierte Netzwerk unbedingt festschreiben und die Frauen in ihrer Funktion mit den notwendigen finanziellen Ressourcen und Kompetenzen ausstatten. Ein Abrücken von der neu geschaffenen Struktur wäre ein frauenpolitischer Rückschlag.

Nicht von ungefähr enthält die neue brandenburgische Verfassung ein Diskriminierungsverbot aufgrund des Geschlechts und die Verpflichtung des Landes Brandenburg, durch wirksame Maßnahmen für die Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf und im öffentlichen Leben, in Bildung und Ausbildung, in der Familie und im Bereich der

sozialen Sicherung zu sorgen. Zu einer Verringerung sozialer Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen brauchen wir ein auf Brandenburg zugeschnittenes Gleichstellungsgesetz.

Angesichts der Priorität der Erwerbstätigkeit sollte aber die Bedeutung des sozialen und politischen Engagements nicht unterschätzt werden. Es hat sich gezeigt, daß auf diese Form der Mitarbeit in Frauenvereinen, Frauenzentren und Frauenhäusern nicht verzichtet werden kann.

Allerdings werden Frauen durch die fehlende Sicherheit auf den Straßen vor allem in den größeren Städten zunehmend daran gehindert, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Die Aggressivität der Menschen ist größer geworden. Die Kriminalstatistik zeigt, daß vor allem Eigentumsdelikte drastisch zugenommen haben. Frauen ziehen es vor, abends zu Hause zu bleiben. Die Polizei muß hier in die Lage versetzt werden, für öffentliche Sicherheit zu sorgen, auch durch eine verstärkte Präsenz auf den Straßen.

### *Frauen - Gestalterinnen des sozialen Lebens*

Frauen sind und bleiben nach wie vor die Gestalterinnen des sozialen Lebens, vor allem auf dem Lande. Die Lebendigkeit der Projekte, die sie initiieren, über-

zeugt und ermutigt andere, es ihnen nachzumachen. Dies hat die gerade stattgefundene zweite Brandenburgische Frauenwoche mit ihren über 250 Veranstaltungen in 35 Städten und Gemeinden - übrigens eine Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr - eindrucksvoll belegt. Wir müssen dafür sorgen, daß sich die Berufs- und Lebenschancen der Frauen sowohl zwischen Männern und Frauen als auch zwischen Ost und West nicht weiter rapide auseinanderentwickeln.

### *Frauen müssen dasselbe politische Gewicht haben wie Männer*

Wir brauchen eine effektive Frauenpolitik und eine engagierte gesamtdeutsche Frauenbewegung, um die Normalität des Verlierens bei weiblichen Menschen abzuwehren und statt dessen sicherzustellen, daß auch sie die vielfältigen neuen Chancen der Partizipation nutzen können. Frauen müssen auf allen Ebenen, in allen Gremien und bei allen Inhalten dasselbe Gewicht haben wie Männer.

*Rede von Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe anlässlich des Empfangs von Vertreterinnen des Deutschen Frauenrates und der Landesfrauenräte am 19. Mai 1992*

## **Der Volksentscheid zur Landesverfassung: ein Ja zu sozialen Grundsätzen**

Beim Volksentscheid am 14. Juni 1992 sprachen sich 94,04 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger für die neue Verfassung aus - bei einer Wahlbeteiligung von 47,93 Prozent. Laut einer Infas-Repräsentativbefragung von ca. 4.500 WählerInnen gaben 95 Prozent der Frauen der Verfassung ihre Stimme, Männer zu 90 Prozent.

Infas ermittelte weiter zu den Motiven des Stimmverhaltens:

Das *Recht auf Arbeit* war für 71 Prozent der Wählerinnen und Wähler ein besonders wichtiger Gesichtspunkt bei der Stimmabgabe, das *Recht auf Wohnung* für 62 Prozent. Daß *die Landesverfassung weiter geht als das Grundgesetz der Bundesrepublik*, bewog 42

\*Infas-Repräsentativbefragung von ca. 4.500 Abstimmenden am 14. Juni 1992 nach Verlassen der Stimmlokale

Prozent in entscheidendem Maße mit zur Stimmabgabe, und für 36 Prozent war *die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksinitiativen* ein solcher Grund.

Deutlich differierten die Abstimmungsergebnisse in Abhängigkeit vom Alter der Wahlberechtigten: Je älter die WählerInnen, desto größer die Zustimmung.

Während 88 Prozent der 18-24jährigen die neue Landesverfassung befürworteten, stieg die Zustimmungquote bei den 25-44jährigen auf 90, bei den 45-60jährigen auf 94 Prozent und bei den über 60jährigen auf 96 Prozent.

Ein Zustimmungsgefälle ergab sich in dieser Reihenfolge der sozialen Gruppen: Angestellte (95% mit Ja), Arbeiterinnen/Arbeiter (93%), Akademikerinnen/Akademiker (91%), Selbständige/Freie Berufe, in der Landwirtschaft Tätige (jeweils 86% Ja-Stimmen).

Marianne Birthler

## “Vorfahrt” für Frauen und was die Verfassung dazu sagen muß



Als der Präsident des Parlamentarischen Rates<sup>1</sup>, Dr. Adenauer, in seiner Antrittsrede dessen Mitglieder begrüßte, waren unter den 65 stimmberechtigten Mitgliedern nur 3 Frauen. Einer dieser Frauen, der Vertreterin der niedersächsischen SPD, Frau Dr. Elisabeth Selbert, haben wir es zu verdanken, daß Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes seine nunmehr über 40 Jahre bestehende Formulierung gefunden hat. Sie hat sich im Hauptausschuß des parlamentarischen Rates, der über diese Formulierung lange und heftig stritt, für eine Formulierung eingesetzt, die die Gleichstellung der Frau auf allen Gebieten gewährleisten sollte.

Während damals in der 42. Sitzung des Hauptausschusses des parlamentarischen Rates einmütig festgestellt wurde, der Abs. 2 von Art. 3 GG besage auch, daß Männern und Frauen bei gleicher Arbeit der gleiche Lohn zustehe, hat sich dies in der Lebenswirklichkeit anders entwickelt.

### Die gemeinsame Verfassungskommission des Bundes

Darum ist es heute im Rahmen der Verfassungsgebung in allen neuen Ländern und Berlin erforderlich, sich für einen neuerlichen Schritt nach vorne einzusetzen. Doch wieder sind die Frauen in einer Minderheit, wenn in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag über

**Die Verankerung von Frauenrechten in der Verfassung der Länder und im Grundgesetz ist eine Kernfrage tatsächlicher Gleichstellung der Frauen. Die am 14. Juni durch Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommene Verfassung des Landes Brandenburg ist in dieser Hinsicht richtungweisend, schreibt die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Marianne Birthler, in dem nachstehend abgedruckten Beitrag für "betr: Frauen".**

die Änderungsvorschläge zum Grundgesetz beraten wird.

In der konstituierenden Sitzung der Gemeinsamen Verfassungskommission am 16. Januar 1992 hat wiederum nach über 40 Jahren eine Frau aus dem Land Niedersachsen eine Rolle gespielt. Die niedersächsische Ministerin der Grünen, Waltraud Schoppe, beklagte, daß es nur wenige Frauen in der GVK gibt. Dafür hat sie laut Protokoll allgemeine Heiterkeit geerntet.

Für all diejenigen, die da lachen, habe ich eine kurze statistische Betrachtung angestellt:

- unter den Kommissionsmitgliedern des Bundestages (32) sind nur 6 Frauen, unter deren Vertretern (32) nur 8.
- unter den Kommissionsmitgliedern des Bundesrates (32) sind nur 5 Frauen, unter deren Vertretern nur 6.

### *Nur jedes fünfte Mitglied der Verfassungskommission ist eine Frau*

Der Frauenanteil insgesamt beträgt also rund 20%. Beide Vorsitzende der GVK sind Männer. Unter den ostdeutschen Kommissionsmitgliedern aus dem Bundesrat ist nur eine einzige Frau (aus Brandenburg).

Während sich der Frauenanteil in der Verfassungsgebung nach über vier Jahrzehnten also nicht gerade revolutionär entwickelt hat, bleibt mir als einziger Ministerin aus den neuen Ländern in der Gemeinsamen Verfassungskommission doch immerhin der Vorzug, darauf verweisen zu können, daß wir nicht nur in sehr kurzer Zeit die Verfassungsgebung im Land Brandenburg abschließen konnten, sondern auch im Hinblick auf die Verfassungsrechte von Frauen einen

Schritt getan haben, der eine Entwicklung in Gang setzen soll, deren Grundlagen und mögliche Auswirkungen ich im folgenden besprechen möchte.

### Das Beispiel Brandenburg

Im Artikel 12 Absatz 3 der **Verfassung für das Land Brandenburg**, die am 14. April 1992 mit großer Mehrheit in dritter Lesung verabschiedet und am 14. Juni 1992 durch Volksentscheid von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wurde, heißt es:

**“Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung durch wirksame Maßnahmen zu sorgen.”**

Damit geht das Land Brandenburg den übrigen neuen Ländern der Bundesrepublik nicht nur ein ganzes Stück voraus, sondern nimmt auch ein mögliches Ergebnis der Diskussion um die Reform des Grundgesetzes vorweg.

Die **Verfassungskommission des Bundesrates** konnte sich nicht über die verschiedenen politischen Lager hinweg dazu bereithalten, der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat für die Bestimmung in Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Grundgesetzes folgende Formulierung vorzuschlagen:

**“Der Staat hat die Bedingungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu schaffen. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Förderung von Frauen zulässig.”**

Man(n) beließ es bei einer Höflichkeitsgeste, nämlich der sprachlichen

Voranstellung der Frauen in Abs. 2 von Art. 3 GG.

Damit wird dennoch eine Tendenz sichtbar, die auch in den übrigen neuen Ländern eine Rolle von unterschiedlich starker Ausprägung gespielt hat.

## Die Verfassungsdebatte in den anderen ostdeutschen Ländern

Nach dem Stand vom 14. August 1991 gab es in der Vergangenheit folgende Vorschläge:

### Für das Land Thüringen

#### CDU

Artikel 9 Absatz 4: "Die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden, Kreise und anderen Träger der öffentlichen Verwaltung."

#### SPD

Artikel 16 Absatz 3: "Der Staat ist verpflichtet, die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens herzustellen und durch geeignete Maßnahmen zu fördern."

### Für den Freistaat Sachsen

#### Verfassungsausschuß (mehrheitlich)

Artikel 8: "Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes."

#### LL/PDS und B '90/Grüne

Artikel 8: "Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß Frauen und Männer im öffentlichen Dienst sowie in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluß- und Beratungsorganen zu gleichen Anteilen vertreten sind."

Die am 26. Mai 1992 vom sächsischen Landtag - als verfassungsgebende Landesversammlung - beschlossene Verfassung sieht nunmehr den voranstehend genannten, vom Verfassungsausschuß befürworteten, Wortlaut für Art. 8 vor.

### Für das Land Sachsen-Anhalt

#### B'90/Grüne

Artikel 25: "(1) Frau und Mann sind in allen Bereichen des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gleichzustellen. (2) Die Förderung der tatsächlichen und rechtlichen Gleichstellung von Frau und Mann ist Aufgabe des Landes und der Kommunen

sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung."

#### SPD

Artikel 5: "(1) Frauen und Männer haben in Bezug auf ihre geistige, körperlich-seelische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung das Recht auf Chancengleichheit. (2) Die öffentliche Gewalt ist verpflichtet, die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere durch Gleichstellungsrichtlinien, Förderpläne und andere geeignete Maßnahmen herzustellen."

## Die Verfassungsposition des Runden Tisches der ehemaligen DDR

Noch bevor die neuen Länder ihre Verfassungsentwürfe erarbeiteten, ist am **Runden Tisch** einvernehmlich durch alle Parteien folgende Formulierung für Frauenrechte in einer neuen Verfassung vorgesehen worden:

*Artikel 3: "(1) Frauen und Männer sind gleichberechtigt. (2) Der Staat ist verpflichtet, auf die Gleichstellung der Frau in Beruf und öffentlichem Leben, in Bildung und Ausbildung, in der Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung hinzuwirken."*

## Das Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder

Der Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder sieht in einem Artikel 3, Absatz 2 und 4 vor:

*"(2) Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat ist verpflichtet, die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen und zu sichern."*

*(4) Maßnahmen zur Förderung von Frauen zum Ausgleich bestehender Nachteile sind keine Bevorzugung wegen des Geschlechts."*

Im Vergleich der verschiedenen Formulierungen zeigt sich, daß bestimmte Elemente vorherrschen:

Zum einen sind dies die unterschiedlichen Ansätze zur Durchsetzung der erstrebten Gleichstellung. Entweder wird der Staat bzw. das Land verpflichtet, "**Maßnahmen**" zu ergreifen, oder es sind grundsätzlich die erforderlichen "**Rahmenbedingungen**" zu schaffen,

ggf. ergänzt durch konkrete Maßnahmen zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten auf verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen und sozialen Lebens. Hierbei ist wiederum eine Variante, daß die **Förderung der "tatsächlichen und rechtlichen" Gleichstellung** angestrebt wird.

Zum anderen geht es um die verschiedenen Adressatenkreise. Vorherrschend ist die Maßgabe, daß dem "Staat" bzw. dem "Land" ein **Ziel** gesetzt wird.

Daneben gibt es aber auch weitergehende Regelungen, nach denen neben dem Land auch die Kommunen und andere Träger der öffentlichen Verwaltung das Ihrige zur Verwirklichung des Gleichstellungsgebotes beitragen müssen.

Ein drittes Kriterium bilden die verschieden stark ausdifferenzierten Umsetzungsmaßnahmen. Während nach mancher Vorstellung dieser Bereich offen bleiben soll, sehen andere Konzepte vor, daß bestimmte Maßnahmen zu ergreifen sind, z.B. Förderrichtlinien. Dazwischen gibt es die Vorstellung, daß durch die Benennung bestimmter zu reformierender Bereiche des gesellschaftlichen und beruflichen Lebens, wie z.B. öffentlicher Dienst oder Ausbildung, indirekt mögliche Maßnahmen jedenfalls vorgezeichnet werden.

## Der Rechtsfortschritt des Grundgesetzes

In gewisser Weise spiegeln diese unterschiedlichen Ansätze auch die Geschichte um das Entstehen des Artikel 3 Grundgesetz wieder. Diese Bestimmung versucht nämlich auch über den Ansatz ihres "Vorgängers", des Artikel 109 der Weimarer Reichsverfassung, hinauszugehen, indem - nach heftigen Auseinandersetzungen im parlamentarischen Rat - nicht mehr nur bestimmt wurde, daß Frauen und Männer "grundsätzlich" dieselben "staatsbürgerlichen" Rechte und Pflichten haben.

Zu Recht hat man dies als eine entscheidende Fortentwicklung gewertet<sup>2</sup>. Die später vom allgemeinen Redaktionsausschuß eingefügte Bestimmung des Artikel 117 GG erkannte gewissermaßen an, daß man den bisher geltenden Rechtszustand durchbrochen hatte, indem sie vorsah: "Das dem Artikel 3 Abs.2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in

## Verfassung und demokratische Partizipation von Frauen



Wenn darüber diskutiert wird, Frauenrechte in Verfassungen (Grundgesetz oder Landesverfassungen) zu stärken, konzentriert sich die Debatte meistens auf Fragen der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter, darauf, welchen Rahmen eine Verfassung absteckt, damit Frauen nicht nur rechtlich und theoretisch, sondern auch tatsächlich in allen Lebensbereichen gleiche Möglichkeiten und gleiche Rechte erhalten können. Die Ausgestaltung der Grundrechte für Frauen und Männer hat zweifellos einen hohen Stellenwert. Der frauenpolitische Anspruch an eine Landesverfassung sollte sich aber auch auf andere Bereiche erstrecken.

Verfassungen dienen nicht nur der Garantie der Grundrechte, sondern sie stecken auch den Rahmen für politisches Handeln ab. Der überwiegende Teil der Bundes- und Landesverfassungen besteht daher aus Regelungen über Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, über die Befugnisse von Gerichten, Regierungen und Parlamenten. Da Verfassungen Aussagen zum Wahlrecht, zu Parteien und politischen Vereinigungen beinhalten, sagen sie damit auch etwas darüber aus, wie Macht zu definieren, was einer Gemeinschaft wichtig ist.

### Frauen sollten hellhörig werden

Hier sollten Frauen hellhörig werden, denn es ist ja eine Tatsache, daß sie in den Einrichtungen, Verfahren und Organen der Demokratie nur in geringer Zahl und mit geringem Einfluß vertreten sind.

Auf diesen Mißstand immer wieder hinzuweisen ist notwendig. Sich auf den

Staat, die Landesregierung oder ein Frauenministerium und ihre Gleichstellungspolitik allein zu verlassen, reicht aber nicht aus - so wichtig und unverzichtbar diese Politik auch ist. Wenn Frauen "Sitz und Stimme" dort haben wollen, wo Entscheidungen getroffen werden, müssen sie sich fragen, wie das zu erreichen ist.

### Nicht nur alle vier Jahre wählen ...

In diesem Sinne sollten Frauen auch den sogenannten organisationstheoretischen Teil der Landesverfassung etwas näher unter die Lupe nehmen, denn hier sind Chancen und Möglichkeiten für eine stärkere Teilhabe zu finden.

Zu den Grundsätzen der brandenburgischen Landesverfassung gehört, daß sich Demokratie nicht im Wahlrecht erschöpft. In einer lebendigen Demokratie zieht sich das Volk als Souverän nach dem Wahlakt nicht für vier Jahre in die ZuschauerInnenperspektive zurück, sondern nimmt auch weiterhin aktiv an der politischen Auseinandersetzung und Willensbildung teil. Eine Demokratie, die diesen Namen zu Recht trägt, muß auch zwischen Wahlen ausreichende Mitwirkungsmöglichkeiten bieten. Dazu bekennt sich die Landesverfassung, indem sie eindeutig festlegt, daß die Gesetzgebung durch den Landtag und durch Volksentscheide ausgeübt wird oder erfolgen kann. Die repräsentative parlamentarische Demokratie wird durch die direkte Demokratie ergänzt. In einem mehrstufigen Verfahren über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid können so die Bürgerinnen und Bürger anders als bei Wahlen auch in politischen Sachfragen unmittelbar und verbindlich entscheiden.

Die häufigste Argumentation gegen die Formen direkter Demokratie lautet, komplexe Sachverhalte und Gesetze könnten nicht auf das Schema einer Ja-Nein-Entscheidung zurückgeführt werden. Mit dieser Argumentation wird aber das gesamte Verfahren nur auf seinen letzten Schritt reduziert und völlig verkannt, daß die demokratischen Potenzen besonders im Verfahren selbst liegen: es beinhaltet Information, Argumentation und Diskussion. Ein solches politisches System ist offen für neue Inhalte und Politikformen. Hierdurch

kann dem gefährlichen Gefühl politischer Ohnmacht entgegengewirkt werden. Die Möglichkeit zu Volksbegehren und Volksentscheid kann Initiative und politisches Engagement fördern.

Diese Reform und Ergänzung des politischen Willensbildungsverfahrens kann aber nur wirksam werden, wenn Bürgerinnen und Bürger selbst in höherem Maße mitreden und mitentscheiden. Frauen sollten die Chancen einer direkten demokratischen Teilhabe verstärkt nutzen, um ihre Sicht und ihr Verständnis der Dinge zur Geltung zu bringen.

Tatjana Böhm

## Die Partizipationsrechte in der Verfassung des Landes Brandenburg

### Artikel 76 (Volksinitiative)

(1) Alle Einwohner haben das Recht, dem Landtag im Rahmen seiner Zuständigkeit bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung zu unterbreiten. Diese Volksinitiative kann auch Gesetzentwürfe und Anträge auf Auflösung des Landtages einbringen. Die Initiative muß von mindestens zwanzigtausend Einwohnern, bei Anträgen auf Auflösung des Landtages von mindestens einhundertfünfzigtausend Stimmberechtigten unterzeichnet sein. Ihre Vertreter haben das Recht auf Anhörung.

### Art. 77 (Volksbegehren)

(1) Stimmt der Landtag einem Gesetzentwurf, einem Antrag auf Auflösung des Landtages oder einer anderen Vorlage nach Artikel 76 innerhalb von vier Monaten nicht zu, findet auf Verlangen der Vertreter der Initiative ein Volksbegehren statt.

(3) Ein Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn mindestens achtzigtausend Stimmberechtigte innerhalb von vier Monaten dem Volksbegehren zugestimmt haben. Ein Antrag auf Auflösung des Landtages bedarf der Zustimmung von mindestens zweihunderttausend Stimmberechtigten.

## Die gesetzliche Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs - ein kleiner Sieg der Vernunft

In der Nacht vom 25. zum 26. Juni wurde vom Bundestag nach zähem Ringen um politische Mehrheiten ein Schwangeren- und Familienhilfegesetz (BTDrucks. 12/2605) verabschiedet, das u.a. den Schwangerschaftsabbruch regelt. Damit ist der Auftrag des Einigungsvertrages, bis zum 31.12.1992 die bisher unterschiedlichen Rechtslagen in neuen und alten Bundesländern durch eine in ganz Deutschland geltende Rechtsnorm abzulösen, zunächst erfüllt.

Möglich wurde dies in dem Moment, als Bundestagsabgeordnete von SPD, FDP, Bündnis '90/Grüne und CDU begannen, über Parteigrenzen und ideologische Gräben hinweg nach einer mehrheitsfähigen Lösung zu suchen, die dem Schutz des ungeborenen Lebens ebenso wie dem Entscheidungsrecht der Frau Rechnung trägt. Und überall - auch im Land Brandenburg - haben Frauen und Männer durch Unterschriftensammlungen und andere Aktionen das Ihre dazu getan, eine Fristenregelung zu unterstützen. Meiner Auffassung nach ist hier der Ansatz zu einem zukunftsweisenden Politikmodell sichtbar geworden: Im Vordergrund stand die Lösung eines sachlichen Problems, nicht der Sieg der einen oder anderen Partei. Der zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf war von der Einsicht getragen, daß werdendes Leben nicht **gegen** die schwangere Frau geschützt werden kann, sondern daß sexuelle Aufklärung, ausreichende Beratungsangebote, kostenlose Abgabe ärztlich verordneter Verhütungsmittel für Versicherte bis 21 Jahre, ein erhöhter Mehrbedarfssatz bei der Sozialhilfe für

Schwangere und Erziehende, das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz und andere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser geeignet sind, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden bzw. Frauen ein Leben mit Kindern etwas zu erleichtern.



All diese Maßnahmen wurden in einem "Sozialpaket" festgeschrieben, und Bund und Länder sind nun gemeinsam gefordert, die gesetzlichen Bestimmungen in die Tat umzusetzen. Das Recht auf Kinderbetreuung wird in den westlichen Bundesländern sehr viel schwerer zu realisieren sein als in den östlichen, wo ein flächendeckendes Netz von Kindereinrichtungen schon existiert und qualifiziertes Personal eher im Übermaß vorhanden ist. In Brandenburg ist das Recht des Kindes auf einen Kinderbetreuungsplatz ohnehin gesetzlich verankert. Insofern haben sich die Altbundesländer einen zeitlichen Rahmen bis 1996 ausbedungen, in dem sie nachhaken wollen, was es bei uns schon gibt. Kernpunkt des Gesetzes ist die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs durch eine Neufassung der §§ 218 und

219 des Strafgesetzbuches (StGB). Der Schwangerschaftsabbruch ist somit auch bei uns wieder grundsätzlich strafbar, während in der DDR lediglich der Abbruch einer Schwangerschaft gegen den Willen der Frau als Straftatbestand galt. Geblieben ist uns die Fristenregelung, also der Zeitraum von 12 Wochen, in der die Frau die Möglichkeit hat zu entscheiden, eine Schwangerschaft abzubrechen.

Allerdings - es wird eine Beratungspflicht geben. Mindestens drei Tage vor dem Schwangerschaftsabbruch muß sich die Frau in einer anerkannten Beratungsstelle oder von einem hierzu qualifizierten Arzt darüber beraten lassen, welche soziale Hilfen zur Verfügung stehen, um mit einem Kind leben zu können. Im Konfliktfall soll die Beratung der Frau helfen, die für sie richtige Entscheidung zu treffen. Ziel der Beratung ist es aber keinesfalls, die Frau zum Austragen der Schwangerschaft zu überreden. Die Beratung kann auf Wunsch anonym durchgeführt werden, ihr Inhalt wird nicht dokumentiert. Damit werden zwei wichtige Forderungen erfüllt - die Frau und nicht der Arzt entscheidet, ob ein Schwangerschaftsabbruch gerechtfertigt ist, und die Entscheidung ist nicht gerichtlich nachprüfbar. Es wird also keine "Abtreibungsprozesse" bei uns geben.

Ministerin Hildebrandt hat sich gemeinsam mit der Abteilung Frauen und Gleichstellung und vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern dafür stark gemacht, daß eine Regelung außerhalb des Strafrechts und ohne Pflichtberatung getroffen wird. Dies

### Justizminister Bräutigam: Gruppenantrag ist ein "historischer Kompromiß"

"Es verdient hohe Anerkennung, daß Frauen aus fast allen Bundestagsfraktionen sich zusammengefunden haben, um gemeinsam eine tragfähige Lösung für dieses existentielle Problem zu finden. Den sogenannten Gruppenantrag, den sie in mühevoller Arbeit formuliert haben, kann man ohne Übertreibung einen "historischen Kompromiß" nennen. Seit langem verfestigte Fronten unserer Parteiendemokratie sind dabei aufgebrochen und überwunden worden. Das ist ... ein Vorgang von politischer Bedeutung, den wir nicht geringschätzen sollten. ...

Die Frauen wollen und haben einen Anspruch darauf, daß Familie und Beruf miteinander vereinbart werden können. Ohne eine ausreichende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen ist das nahezu unmöglich. Insofern stellt der Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte, zumindest für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt, eine lange überfällige Entscheidung dar. ...

Wir hoffen, daß das Schwangeren- und Familienhilfegesetz uns helfen wird, weiterhin ein bedarfsgerechtes Angebot an solchen Einrichtungen zu gewährleisten. Auch das hat uns darin bestärkt, dem Gesetz unsere Zustimmung zu geben."

(Aus der Rede des brandenburgischen Justizministers Hans Otto Bräutigam im Bundesrat am 10. Juli 1992 zum Schwangeren- und Familienhilfegesetz)

haben wir nicht erreichen können. Für ein solches Gesetz, wie etwa den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, gab es im Bundestag keine Mehrheit. Dennoch sind wir keinesfalls erfolglos, denn ohne unser konsequentes Eintreten für eine Fristenregelung wäre dieser Kompromißentwurf wohl nicht zustande gekommen.

Das verabschiedete Gesetz bedeutet nach meiner Auffassung eine wesentliche Verbesserung für die Frauen in den alten, aber eben auch eine Verschlechterung der Rechtslage in den neuen Bundesländern. Eine Indikationsregelung, wie sie in den alten Bundesländern bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch gilt, würden jedoch sicher nur wenige Menschen in Brandenburg für wünschenswert halten. Insofern ist das nun verabschiedete Gesetz vor dem Hintergrund zweier unvollkommener Regelungen in Ost und West auf jeden Fall die bessere Lösung. Deshalb hat die Landesregierung im Bundesrat dem neuen Gesetz ihre Zustimmung gegeben.

Leider ist es nicht für alle selbstverständlich, daß Frauen auch dann, wenn sie schwanger sind, eigenverantwortliche Menschen bleiben. Das gerade verabschiedete Gesetz ist nun vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe anhängig. Es gilt also für uns Frauen, weiter über Verfassungsfragen zu diskutieren...

**Eva Kunz**

### Hedwig Bollhagen wird 85

Unter dem Signum HB entsteht seit fast 60 Jahren in Marwitz bei Velten Gebrauchsgeschirr, für dessen Bemalung die Keramikerin Hedwig Bollhagen ein charakteristisch gewordenes System geometrischer Dekors erdachte, das an Beliebtheit bis heute nichts verloren hat.

1934 gründete HB - wie ihre MitarbeiterInnen sie nennen - die Keramischen Werkstätten, für die sie gleichsam eine Art "Firmenschild" wurde. Nach wie vor arbeitet die Künstlerin, die im November dieses Jahres ihren 85. Geburtstag feiert, mit großer Vitalität als künstlerische Leiterin des Betriebes, den sie charmanant und dennoch bestimmt dirigiert!

Verkauf direkt in den Werkstätten in Marwitz bei Velten (jeden Mittwoch von 9 bis 17 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 14 Uhr).

## Ehrungen für Ministerin Hildebrandt

Zur "Frau des Jahres 1991" hat der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband e.V. die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Dr. Regine Hildebrandt, gewählt.



Der 1865 gegründete, älteste Frauenverband Deutschlands ehrt damit, einem Vorschlag seiner ersten Gruppe in den neuen Bundesländern, der Gruppe aus Berlin-Treptow, folgend, eine Frau, die "in vorbildlicher Weise die Interessen der Bürgerinnen in Brandenburg und darüber hinaus in allen neuen Bundesländern in der Öffentlichkeit vertritt."

In der Begründung des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes für seine Entscheidung heißt es weiter, daß die Frauen die Verliererinnen der deutschen Einheit zu werden drohten. Sie seien überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, und die Kürzungen in den sozialen Einrichtungen trafen sie in besonderer Weise.

Ministerin Dr. Hildebrandt ermutige die Frauen, angesichts dieser Situation nicht in Resignation zu verfallen, sondern vielmehr selbstbewußt und überzeugt das Recht auf Gleichberechtigung einzufordern. Ihr richtungweisendes Engagement mache das Anrecht der Frauen deutlich, den Prozeß der Einigung gleichberechtigt mitzugestalten.

Eine weitere Ehrung wurde der Ministerin durch die Auszeichnung mit dem von der bayerischen SPD-Landtagsfraktion gestifteten, mit 5000 DM dotierten Wilhelm-Hoegner-Preis 1992 zuteil, der ihr am 8. Juli in München überreicht wurde. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, Karl-Heinz Hiersemann, würdigte in seiner Laudatio den Einsatz Regine Hildebrandts "für

soziale Gerechtigkeit" und "ihren Kampf für die Schwächsten der Gesellschaft".

## Theodor-Heuss-Preis für AusländerInnenbeauftragte Almuth Berger

Das vereinte Deutschland demokratisch und menschlich gestalten - Rechtsextremismus und Ausländerhaß widerstehen - unter diesem Leitgedanken stand die Vergabe des diesjährigen, inzwischen zum 28. Male verliehenen Theodor-Heuss-Preises.

Der Preis, von der nach dem ersten Bundespräsidenten benannten Theodor-Heuss-Stiftung jährlich vergeben, soll Zivilcourage und demokratisches Engagement beim Einsatz für das Allgemeinwohl würdigen.

In diesem Jahr ging der Preis an die AusländerInnenbeauftragten in der Bundesrepublik. Daneben erhielten die Gruppe "Via Regia" für ihr Engagement "Brücken schlagen nach dem Osten" und die Initiative "Brandenburger Schülerinnen und Schüler gegen Gewalt und Rechtsextremismus" die Theodor-Heuss-Medaille.

Stellvertretend für die AusländerInnenbeauftragten der neuen Bundesländer nahm Almuth Berger, AusländerInnenbeauftragte des Landes Brandenburg, den Preis entgegen.



Almuth Berger hat sich bereits in ihrer früheren Tätigkeit als Pastorin in Magdeburg und Berlin insbesondere für die Integration von AusländerInnen in der DDR engagiert. Sie war Mitbegründerin von "Demokratie jetzt" und Mitglied des Zentralen Runden Tisches für Ausländerfragen, von diesem 1990 für das Amt der AusländerInnenbeauftragten der DDR nominiert, ehe sie ihre jetzige Tätigkeit aufnahm.

# Frauen in Führungspositionen - Gleichstellung im Beruf?

*Nicht nur für den Westen, sondern auch für den Osten gilt für die meisten gesellschaftlichen Bereiche: Je höher die Hierarchieebene, desto geringer der Frauenanteil. Dies ist auch in Berufsbereichen der Fall, in denen die Mehrheit der Beschäftigten Frauen sind. Die signifikante Unterrepräsentanz von Frauen auf den Leitungsebenen in ausgewählten Bereichen*

*des öffentlichen Dienstes Brandenburgs wird anhand teilweise vorläufiger, aber dennoch aussagekräftiger Daten unübersehbar. Das folgende Zahlenmaterial kennzeichnet die ungenügende Teilhabe von Frauen an Führungspositionen und -gremien im Rahmen der Landesregierung, des Landtags, in Hochschule, Schule und Schulaufsicht.*

Die Zahlen der nachstehenden Tabelle zeigen: nur zwei von zehn Ministerien werden von einer Frau geleitet; zwölf Männer, aber nur eine Frau gehören der Potsdamer Amtschefsrunde an. Die Landesregierung Brandenburg verfügt über 51 Abteilungsleiter, aber nur drei

Abteilungsleiterinnen - hiervon sind zwei im MASGF beschäftigt; 259 Referatsleitern stehen lediglich 59 Referatsleiterinnen (18,6 Prozent) gegenüber, und doppelt soviele Referenten (215) wie Referentinnen (111) arbeiten in den Landesministerien.

## Hochschule Landeskommissionen

In den brandenburgischen Landeskommissionen für Hochschule und Forschungseinrichtungen sowie für Fachhochschulen sind nur wenige Frauen vertreten: Der Kommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen gehören 13 Männer und 3 Frauen an. Die Kommission für Fachhochschulen setzt sich aus 13 Männern und 1 Frau zusammen (Stand: 1.7.1992).

## Die Ministerialverwaltung (Stand: 9.7.1992)

Institutionen	MinisterInnen		StaatssekretärInnen		AbteilungsleiterInnen		ReferatsleiterInnen		ReferentInnen	
	F	M	F	M	F	M	F	M	F	M
STK			0	1	1	5	4	20	6	16
MI		1	0	1	0	5	2	16	7	23
MdJ		1	0	1	0	4	3	22	9	6
MBJS	1		0	1	0	5	5	18	16	20
MWFK		1	0	1	0	3	8	21	8	13
MASGF	1		0	2	2	3	15	18	13	32
MWMT		1	0	1	0	4	4	27	5	14
MUNR		1	0	1	0	6	6	28	15	31
MELF		1	0	1	0	5	2	25	8	14
MSWV		1	0	1	0	5	3	28	7	26
MdF		1	0	1	0	5	4	30	15	19
BLBBE			1	0	0	1	3	6	2	1
insges.	2	8	1	12	3	51	59	259	111	215
in %	20	80	7,7	92,3	5,6	94,4	18,6	81,4	34	66

STK=Staatskanzlei, MI=Ministerium des Innern, MdJ=Ministerium der Justiz, MBJS=Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, MWFK=Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, MASGF=Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, MWMT=Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, MUNR=Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung, MELF=Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, MSWV=Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, MdF=Ministerium der Finanzen, BLBBE=Der Bevollmächtigte des Landes Brandenburg für Bundesangelegenheiten und Europa)

## Universität Potsdam

### Gründungs Senat:

9 Männer, 4 Frauen

### Strukturkommissionen des Senats:

#### Philosophische Fakultät I

Germanistik: 7 Männer, keine Frau; Institut zur Weiterbildung ausländischer Deutschlehrer: 4 Männer, 1 Frau; Anglistik/Amerikanistik: 7 Männer, eine Frau; Slawistik: 6 Männer, 1 Frau; Romanistik: 4 Männer, 2 Frauen; Allgemeine Sprachwissenschaft: 4 Männer, 2 Frauen; Geschichte: 7 Männer, keine Frau;

#### Philosophische Fakultät II

Erziehungswissenschaften: 6 Männer, 2 Frauen; Psychologie: 7 Männer, 2 Frauen; Sportwissenschaft: 6 Männer, keine Frau; Musik: 8 Männer, 1 Frau; Technische Bildung: 5 Männer, keine Frau; Primarstufe: 5 Männer, 2 Frauen; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: 3 Männer, keine Frau; Sozialwissenschaften: 7 Männer, keine Frau;

#### Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Mathematik: 6 Männer, 1 Frau; Informatik: 6 Männer, keine Frau; Physik: 7 Männer, keine Frau; Chemie: 7 Män-

ner, keine Frau; Biologie: 7 Männer, keine Frau; Lebensmittelchemie: 5 Männer, keine Frau; Biochemie: 6 Männer, keine Frau; Geowissenschaften: 6 Männer, keine Frau; Umweltwissenschaften: 7 Männer, keine Frau

**Zentrale Einrichtungen**

Sprachzentrum: 6 Männer, 4 Frauen; Gründungskommission der Anfang 1991 errichteten Juristischen Fakultät: 7 Männer, keine Frau

**Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder**

**Gründungs Senat:**

13 Männer, 1 Frau

**Strukturkommissionen:**

Rechtswissenschaft: 4 Männer, keine Frau; Wirtschaftswissenschaft: 6 Männer, keine Frau; Kulturwissenschaft: 8 Männer, 3 Frauen; Kommission für die zentrale Betriebseinheit Fremdsprachenvermittlung: 7 Männer, 1 Frau; Kommission Erweiterung Naturwissenschaften: 6 Männer, keine Frau

**Technische Universität Cottbus**

**Gründungs Senat:**

12 Männer, 1 Frau

**Senatskommissionen:**

Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik: 4 Männer, keine Frau; Architektur und Bauingenieurwesen: 5 Männer, 1 Frau

Maschinenwesen, Elektrotechnik und Produktionstechnik: 7 Männer, keine Frau; Umweltwissenschaften: 5 Männer, keine Frau; Philosophie und Sozialwissenschaften: 6 Männer, 1 Frau.

**Zusammenfassung**

(Stand: 20.7.92):

Den 26 Strukturkommissionen der Universität Potsdam (einschl. zentraler Einrichtungen) gehören 156 Männer (89,1 %) und 19 Frauen (10,9 %) an.

Die Strukturkommissionen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/O. setzen sich aus 18 Männern (51,4 %) und 17 Frauen (48,6 %) zusammen, und in den Senatskommissionen der TU Cottbus beträgt das Verhältnis 27 Männer (93,1 %) zu 2 Frauen (6,9 %) ( 3 Kommissionen gehören keine Frauen an).

**Allen Kommissionen der o.a. Hochschulen gehören 201 Männer (84,1%), aber nur 38 Frauen (15,9%) an.**

**Bewerbungen auf C-4-Professuren**

Universitäten/ Hochschulen	Bewerbungen* von	abs./ in %	C4-Pro- fessuren
Universität Potsdam	Frauen	abs.	238
		in %	10
	Männern	abs.	2131
		in %	90
Technische Universität Cottbus	Frauen	abs.	38
		in %	3,4
	Männern	abs.	1095
		in %	96,6
Europa-Universität Frankfurt/O.	Frauen	abs.	105
		in %	11,9
	Männern	abs.	777
		in %	88,1
Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam	Frauen	abs.	11
		in %	13,6
	Männern	abs.	70
		in %	86,4

(Stand: 16.7.1992; \*teilweise Mehrfach-Bewerbungen)

Die Universitäten haben die Vorläufigkeit der mitgeteilten Zahlen betont, da die Stellenausschreibungen noch nicht abgeschlossen sind; bereits im Vorjahr waren an der Universität Potsdam 7 C-4-Berufungen erfolgt (darunter war keine Frau).

Die obenstehende Tabelle "Bewerbungen" belegt: Neunmal so viele Männer wie Frauen haben sich auf C-4-Professuren an der Universität Potsdam beworben. Ein ähnliches Zahlenverhältnis gilt für Bewerbungen auf C-4-Professuren an der Europa-Universität in Frankfurt/O. sowie der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam. Den geringsten Frauenanteil an Bewerbungen auf C-4-Professuren weist die Technische Universität Cottbus auf.

Mit dem Hochschulerneuerungsprogramm für die neuen Bundesländer (HEP) sollen - entsprechend dem Hochschulsonderprogramm II - eine deutliche Anhebung des Frauenanteils an den Hochschulen erreicht und aus diesem Grunde Kinderbetreuungszuschläge und Teilstipendien gewährt werden.

(Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern, Hrsg: BMBW, Bonn1991,S.23)

**HEP-Mittelverteilung in Brandenburg (Auszug)**

Titel	Mittel	Frauen		Männer	
		Stel- len	Betrag	Stel- len	Betrag
Grü.Pro.	2.028.680,-	0	0,0	6	2.028.680,-
Ga.wiss.	320.502,65	1	32.050,27	9	288.452,39
FH-Entw.	628.167,41	1	124.819,82	4	503.347,59
insges.	2.977.350,06	2	156.870,09 = 5,27% der Mittel	19	2.820.479,98 = 94,73% der Mittel

Grü.Pro.=Gründungsprofessuren, Ga.wiss.=Gastwissenschaftler/Universitäten, FH-Entw.=Fachhochschulentwicklung. Quelle: Landtag Brandenburg, Drs. 1/1052 v. 25.5.1992

## Schulleitungen

(Stand: 9.1.1992)

Schulform	Schulleitung				Stellvertretende Schulleitung			
	F		M		F		M	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Grundsch.	318	57,6	234	42,4	334	74,4	115	25,6
Gesamtsch.	110	35,5	200	64,5	157	56,1	123	43,9
Realsch.	25	36,2	44	63,8	35	57,4	26	42,6
auslauf. Schulform (POS, EOS)	2	12,5	14	87,5	6	50	6	50
Fachschule	2	28,6	5	71,4	0	0	1	100
OSZ	3	7,5	37	92,5	8	21,6	29	78,4
Gymnasium	16	18,2	72	81,8	20	25,3	59	74,7
Fördersch.	88	65,2	47	34,8	75	75	25	25
insgesamt	564	46,3	653	53,7	635	62,3	384	37,7

Eine beträchtliche Anzahl von Grundschulen hat eine weibliche Schulleitung. Fast doppelt so viele Männer wie Frauen leiten eine Gesamtschule (die Schule mit explizit postulierter Chancengleichheit für alle). Ähnliche Zahlenverhältnisse gelten für die Realschule. Nur 2 von 14 der auslaufenden Schulformen werden durch Schulleiterinnen repräsentiert. Mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen leiten eine Fachschule. Nur 16 Frauen leiten ein Gymnasium, gegenüber 72 Männern.

Bei den Förderschulen (Sonderschulen) kehrt sich das Verhältnis um: Fast doppelt so viele Frauen wie Männer sind Schulleiterinnen.

An der Gesamtzahl ist erkennbar, wie wichtig genaue Differenzierungen sind: Globale Angaben spiegeln die z. T. kras-

sen Unterschiede bei der Geschlechterverteilung auf Schulleitungsebene nicht mehr wider.

Auffallend ist auch die Diskrepanz zwischen dem hohen weiblichen "Rekrutierungsvolumen" für die Besetzung von Schulleitungsstellen - 80% der Lehrkräfte in Brandenburgs Schulen sind weiblich - und dem tatsächlichen Anteil von Frauen auf der Schulleitungsebene.

Nur geringe Abweichungen im Vergleich zum zahlenmäßigen Verhältnis von Männern und Frauen an der Spitze des OSZ und des Gymnasiums weist die geschlechtsspezifische Verteilung auf der Ebene der stellvertretenden Schulleitung auf: Auch hier dominieren wiederum eindeutig die Männer.

Demgegenüber sind fast dreimal so viele Frauen wie Männer stellvertretende

Schulleiterinnen einer Grund- bzw. einer Förderschule. Bei den Grund- und Realschulen sowie bei den auslaufenden Schulformen fällt der Vergleich von stellvertretender und unmittelbarer Schulleitungsebene für Frauen etwas günstiger aus.

### Die Schulaufsicht

Dreimal so viele Männer wie Frauen bekleiden die Funktion eines Kreis-schulrates. Bei den schulformen- bzw. schulstufenbezogenen Schulratsstellen dominieren Frauen in der Primarstufe (6) und der Förderschule (4). Nur wenige Schulrätinnen sind für die Sek. I (4) und für die Sek. II (2) zuständig. Es kann vermutet werden, daß Frauen im Rahmen der Schulaufsicht ein Übergewicht in der Primar- und Förderschule entwickeln, Männer dagegen im Bereich der Sekundarstufe I und II, wie bereits auf der Schulleitungsebene von OSZ, Gymnasium und Gesamtschule sichtbar wurde.

### Kaum Frauen auf den Chefetagen

Ob aus östlichem oder westlichem Blickwinkel betrachtet - unabhängig von der geografischen Lage und vom politischen System sind Frauen auf den Führungsetagen gegenüber Männern erheblich benachteiligt. In wichtigen Gremien und Kommissionen, die über Strukturen und Personen weit in die Zukunft reichende Entscheidungen fällen, sind Männer häufig so gut wie unter sich.

Die Politikziele der Landesregierung Brandenburg im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter - angefangen bei der Arbeitsförderung bis hin zur Führungsetage - sind noch längst nicht erreicht.

### Verfassungsgebot: Wirksame Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Geschlechter im Beruf

Im Rahmen der neuen brandenburgischen Verfassung hat sich das Land verpflichtet, durch wirksame Maßnahmen für die Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf, im öffentlichen Leben, in Bildung, Ausbildung und Familie zu sorgen.

Welche Maßnahmen versprechen den gewünschten Erfolg?

Eine Minimierung der sozialen Ungleich-

## Schulaufsicht

Funktion	Frauen		Männer	
	abs.	in %	abs.	in %
KreisschulrätInnen (Stand: 7.7.92)	9	25,7	35	74,3
SchulrätInnen (Stand: 24.2.92)	14	35,9	25	64,1

heit von Mann und Frau im Beruf wird am ehesten durch ein Gleichstellungsgesetz erreicht.

Für die Hochschulen versprechen Frauenförderrichtlinien, Frauenförder- und -forschungsprogramme Fortschritte im Hinblick auf ein Mehr an Geschlechtergleichheit in der Wissenschaft.

Grundvoraussetzung hierfür ist die Bestellung von Frauenbeauftragten an

ehesten angemessen im Landtag vertreten sein, wenn sich viele Frauen kontinuierlich (partei)politisch engagieren. Hierbei darf der Modus zur Aufstellung und Wahl von KandidatInnen keine "heimlichen" Nachteile für Frauen beinhalten.

Parallel zu diesem Mehr an öffentlichem und beruflichem Engagement von Frauen müssen Männer bereit

sein, ihren Beitrag zur Entlastung im Reproduktionsbereich zu leisten. Nur so läßt sich das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht zugunsten gleicher Chancen von Frauen korrigieren.

**Elfi Wiedemann**  
Gleichstellungsbeauftragte  
des Landes Brandenburg

## Der Landtag - Volksvertretung des Landes Brandenburg

Fraktion	Frauen		Männer	
	abs.	in %	abs.	in %
SPD	6	19	25	81
CDU	4	15	22	85
PDS/LL	6	46	7	54
Bü '90	1	17	5	83
FDP	2	33	4	67

Der Landtag ist nach der am 14. Juni 1992 in Volksabstimmung angenommenen Verfassung das repräsentative Vertretungsorgan aller Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg. Die Geschlechterverteilung im brandenburgischen Landesparlament hat folgendes Bild: Dem Landtag gehören insgesamt 63 Männer, aber nur 19 Frauen an (23%).

allen Universitäten und Fachhochschulen des Landes.

Analog der Etablierung von Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunalverwaltungen spricht vieles dafür, auch an den Schulen Gleichstellungsbeauftragte zu wählen, die sich um die Gleichberechtigung von Schülerinnen und Lehrerinnen kümmern.

Allerdings: Allein Maßnahmen "von oben" führen nicht zum gewünschten Ziel. Frauen müssen auch zum beruflichen Aufstieg entschlossen sein, sich bewerben, Risiken eingehen und zielstrebig ihre Rechte beanspruchen.

Die weibliche Mehrheit der brandenburgischen Bevölkerung wird am

## 6. Frauenfachkonferenz/Ost

### Eine frauenfreundlichere Medienöffentlichkeit

Im März fand in Berlin die 6. Frauenfachkonferenz/Ost mit Vertreterinnen der fünf neuen Bundesländer und Berlins statt, eine Arbeitssitzung, die seit 1991 in halbjährlichem Rhythmus abgehalten wird. Die frauenpolitischen Vertreterinnen waren einstimmig der Ansicht, die Gleichstellungsarbeit müsse in den landeseigenen Kommunalgesetzgebungen rechtlich abgesichert werden.

Staatssekretärin Helga Korthaase forderte als Gastgeberin die Ländervertreterinnen auf, für die in diesem Herbst anstehende zweite Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz der Länder eine Bestandsaufnahme der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gemeinsam mit den alten Bundesländern vorzubereiten.

Neben einem Beschluß zum Altersübergangsgeld (vgl. hierzu Bericht auf Seite 20) wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

#### Zur Situation der Frauen an den Hochschulen

Der Anteil der Frauen an den Studierenden und am wissenschaftlichen Personal der ostdeutschen Hochschulen geht mit deren Erneuerung und Umstrukturierung zurück. Die Konferenz forderte deshalb die Länderparlamente auf, in den Hochschulen eine **Pflicht zur Frauenförderung** festzuschreiben und über Förderrichtlinien mit definitiven Zielvorgaben eine Erhöhung des Frauenanteils zu erreichen.

Das Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) muß nachgebessert und eine Mittelfestschreibung für Frauenförde-

rung darin aufgenommen werden. An die Länderministerien für Wissenschaft und Forschung erging die Aufforderung, für die Hochschulen Beschäftigungsdaten zu erheben, die eine geschlechtsspezifische Auswertung möglich machen.

#### Frauen und Medienpolitik

Eine frauenfreundlichere Medienöffentlichkeit verlangt - darin waren sich die Konferenzteilnehmerinnen einig - eine konsequente Förderung von Frauen und stärkere Repräsentanz frauenpolitischer Themen in den Medien. Dazu wurde ein Beschluß gefaßt, in dem die öffentlich-rechtlichen Anstalten aufgefordert werden, die Anzahl der frauenpolitischen Vertreterinnen in ihren Gremien zu erhöhen und im Programmauftrag den Gleichberechtigungsgrundsatz zur Wirkung zu bringen.

#### Verstärkte Frauenförderung im Arbeitsleben

Weiterhin wurden u.a. eine verstärkte Frauenförderung in der Privatwirtschaft, die Berufsausbildung für Mädchen und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz diskutiert.

In einem anderen Beschluß wurde die Einsetzung einer Gleichstellungsbeauftragten bei der Berliner Treuhand gefordert.

#### Nächste Konferenz im September

Als Termin für die nächste Frauenfachkonferenz wurde der 16. September 1992, als Tagungsort Magdeburg festgelegt.

## "Frauenförderung - ja. Aber nicht auf Kosten der Männer in der Wissenschaft"

### 4. Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten an Hochschulen

Angesichts der Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der von ihnen vertretenen Interessen haben sich die Frauenbeauftragten an Hochschulen im Frühjahr 1991 zu einer Bundeskonferenz (BUKOF) zusammengeschlossen. Zur 4. Konferenz trafen sich ca. 180 Hochschulfrauen im Mai im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn.

In einem Grußwort an die Konferenz betonte Bundesminister Ortleb die Schlüsselfunktion, die Hochschulfrauenbeauftragte innehaben, sowie ihre z.T. sehr unbefriedigenden Arbeitsbedingungen und die drastische Abnahme der Frauenbeteiligung von Karrierestufe zu Karrierestufe.

#### Reale Chance?

Eine reale Chance für Frauen sieht Ortleb aufgrund der Hochschulentwicklung in den kommenden Jahren: Ab Mitte der 90er Jahre werde eine große Nachfrage nach qualifiziertem wissenschaftlichen Nachwuchs einsetzen, die nicht ohne zusätzliche Anstrengungen und nicht ohne Mobilisierung des gesamten - vor allem auch des weiblichen - Begabungspotentials befriedigt werden könne.

#### Verdrängungswettbewerb

Christine Bergmann, Senatorin für Arbeit und Frauen in Berlin, sprach vor der Konferenz von einem tobenden Verdrängungswettbewerb an ostdeutschen Universitäten bei einem gleichzeitigen Auffangen eines **überwiegend männlichen** Akademikerüberhangs aus den alten Bundesländern. Die Tendenz, so Senatorin Bergmann: **"Frauenförderung - ja. Aber nicht auf Kosten der Männer in der Wissenschaft."**

Die Senatorin veranschaulichte die Folgen des Umstrukturierungsprozesses an ostdeutschen Hochschulen am Beispiel der Humboldt-Universität, wo eine angemessene Beteiligung am Wissenschaftsbetrieb verspielt worden sei - trotz des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes, das die Frauenförderung auch für die Universitäten regelt. Ursache seien "Ignoranz und bewußte Mißachtung von Fraueninteressen" (Bergmann).

#### Neue Ländergesetze vorbildlich

Als positive Anknüpfungspunkte nannte sie demgegenüber: Alle ostdeutschen

Hochschulgesetze sähen eine Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragte für die Universitäten gesetzlich vor. Die neuen Länder hätten sich gleichzeitig gesetzlich dazu verpflichtet, Benachteiligungen von Frauen in der Wissenschaft abzubauen. Dringend erforderlich seien jetzt solide und arbeitsfähige Strukturen auf Universitätsebene.

#### Forderungskatalog für die neuen Bundesländer

Auf die Gleichstellungsdefizite in Hochschule und Wissenschaft speziell der neuen Länder reagierte die BUKOF mit einem Forderungskatalog. Er umfaßt Forderungen nach

- Beteiligung von Frauen aller Statusgruppen in allen Gremien der akademischen Selbstverwaltung sowie an allen Berufungs- und Personalauswahlkommissionen (soweit dies noch nicht geschehen ist, sind umgehend Frauen nachzubennen)
- Transparenz aller Stellenausschreibungen
- bevorzugte Berücksichtigung von Bewerberinnen aus den neuen Bundesländern bei Stellenbesetzungen und Berufungen
- Einladung von Frauen zur persönlichen Vorstellung entsprechend ihrem Anteil an den Bewerbungen
- Vermeidung von Benachteiligungen in Verbindung mit Teilzeitarbeit und Beurlaubungszeiten aus familiären Gründen
- Beibehaltung des bisherigen Beschäftigungsanteils von Frauen in der jeweiligen Struktureinheit trotz Kündigungen
- Rede-, Antrags- und Vetorecht der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche und der Hochschule; deren Mitgliedschaft in Berufungs- und Personalauswahlkommissionen für das wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Personal.

#### Die neuen Bundessprecherinnen

Ein Gremium von sechs Bundessprecherinnen, die für ein Jahr von der Vollversammlung gewählt werden, vertritt die BUKOF nach außen und verantwortet die Durchführung und Gestaltung der jeweiligen Jahrestagung. Als neue Sprecherinnen wurden gewählt:

- für die Professorinnen:  
Frau Prof. Hesse, Universität Ulm
- für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen:  
Dr. Brigitte Mühlenbruch, Universität Bonn
- für die Fachhochschulen:  
Prof. Verena Fesel, FH Hamburg
- für die Studentinnen:  
Frau Menke, Universität Münster
- für die nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen:  
Brigitta Hentschel, FH Berlin
- für die neuen Bundesländer:  
Frau Dr. Schade, TU Ilmenau (für Prof. Dr. Editha Weidner, HHS Leipzig)

#### Monika Stein Landessprecherin

Die Gleichstellungsbeauftragte der Universität Potsdam, Frau Monika Stein, ist stellvertretende Bundessprecherin für die Statusgruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen aus den neuen Bundesländern und als Landessprecherin für die Hochschulfrauenbeauftragten des Landes Brandenburg im Beirat, der mit beratender Stimme das Sprecherinnengremium unterstützt.

#### Brandenburgerin Jutta Schmidt wurde ÖTV-Vizin

Der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr stehen künftig - ein Novum in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte - zwei Frauen vor: An die Seite von Monika Wulf-Mathies wurde auf dem Gewerkschaftstag im Juni die 47jährige, in Frankfurt/Oder lebende gelernte Elektro-Mechanikerin Jutta Schmidt mit 77 Prozent der Stimmen gewählt.

Die engagierte Gewerkschafterin, Mutter von zwei Kindern, will sich nach ihren eigenen Worten vor allem auch einsetzen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Internationaler Frauentag '92

## Das Verhältnis von Frauen zur Politik - zwischen Engagement und Distanz

Der 8. März hat für Ostfrauen neue Bedeutung gewonnen. 1911 zum ersten Mal öffentlich gefeiert, war er in der DDR schon fast zur Farce verkommen. Doch das Engagement für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist wichtiger denn je.



(v.l.n.r.) Pastorin Annette Flade, Eva Kunz (Frauenabteilung des MASGF), Ministerin Regine Hildebrandt, Schriftstellerin Christa Wolf

Denn durch die Wende wurden die neuen Bundesländer von der Einführung der Marktwirtschaft überrascht, wobei die gleichzeitig mit übernommenen marktwirtschaftlichen Unbildern - Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit, Kinderfeindlichkeit - die Frauen am stärksten treffen.

### Einladung durch das MASGF

Über 130 Frauen aus allen Regionen des Landes waren der Einladung des MASGF gefolgt, mit prominenten Frauen



zu diskutieren. Gemeinsam mit Arbeits- und Frauenministerin Regine Hildebrandt, Schriftstellerin Christa Wolf und der Pastorin Annette Flade dachten sie öffentlich nach über "Das Verhältnis von Frauen zur Politik - zwischen Engagement und Distanz". Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Eva Kunz aus der Frauenabteilung des MASGF.

Vorbereitet wurde das öffentliche Nachdenken dieser Runde durch eine kurze Ansprache der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg und Leiterin der Abteilung Frauen und Gleichstellung im MASGF, Elfi Wiedemann. Mit einem knappen Blick auf Frauentagsgeschichte, auf die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen und auf eine notwendige Kontrolle der Abgeordnetentätigkeit von unten sprach sie frauenpolitische Hauptprobleme an und eröffnete damit die Diskussion.

### Standpunkte durchaus kontrovers

In der Frage, auf welchen Ebenen sich Frauen engagieren sollten, waren die Meinungen durchaus unterschiedlich bis kontrovers. Während Regine Hildebrandt ein Vorankommen bei der Lösung gegenwärtiger, Frauen betreffender

Probleme zwar für schwierig, in der parlamentarischen Demokratie aber durchaus für machbar hält und deshalb forderte, daß mehr und die "richtigen" Frauen in die parlamentarischen Entscheidungsebenen kommen, sprach sich Annette Flade gegen ein Engagement im Rahmen von Parteipolitik aus und plädierte zugunsten von Basisarbeit. Trotz erlittener Rückschläge hielt die Pastorin an der Idee einer Basisdemokratie fest, weil ihrer Meinung nach Zweifel angebracht sind, ob herkömmliche Politikstrukturen ein tragfähiges Konzept für die Bewältigung entscheidender Zukunftsfragen hervorbringen können.

Christa Wolf äußerte sich ebenfalls skeptisch über bestehende Strukturen, die traditionell in Männergesellschaften gewachsen seien. Und nicht einmal Männer könnten in diesen Strukturen Mensch bleiben, geschweige denn Frauen.

### "Hau mir in die Augen, Kleines"

Der Gesprächsrunde folgte eine Vorstellung des Potsdamer Kabarets "Am Obelisk" mit seinem Frauenprogramm "Hau mir in die Augen, Kleines", das regen Zuspruch fand. Ein Empfang am Abend beschloß die Frauentagsfeier.

Die Frauentagsveranstaltung forderte ihre Gäste heraus - zum Nachdenken, zum Engagement, und nicht zuletzt zum Spaß an der satirischen Zuspitzung leidlich bekannter patriarchalischer Standpunkte.



## Jungen neigen stärker als Mädchen zu extremen Ansichten und radikalen Lösungen gesellschaftlicher Probleme

Auf dem Weg zu einem vereinten Deutschland vollziehen sich in den neuen Bundesländern umwälzende gesellschaftliche Prozesse mit großer Dynamik, die zu einer gravierenden, teilweise auch unvorhergesehenen Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen in Ostdeutschland geführt haben. Auch die Jugendlichen, Mädchen wie Jungen, sind hiervon stark betroffen. Allerdings lassen sich, so die Ergebnisse der Studie "Jugendszene und Jugendgewalt im Land Brandenburg", erstellt vom Institut für Fami-

lien- und Kindheitsforschung an der Universität Potsdam, hinsichtlich der Erlebnisweisen, der Reflexionen von Problemlagen und hieraus resultierender Verhaltensreaktionen deutliche Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Heranwachsenden feststellen. Anhand ausgewählter Beispiele hat Prof. Horst Kühn (Universität Potsdam) geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Wertorientierungen von Schuljugendlichen analysiert und für "betr. Frauen" zusammengefaßt.

Junge Menschen haben die Krise des "real existierenden Sozialismus" miterlebt, ebenso seinen Zusammenbruch, und waren in ihren Lebensbereichen voll in die objektiv gegebenen gesellschaftlichen Probleme und Konflikte einbezogen. Daraus sind "Bewußtseinslagen" und Verhaltensweisen entstanden, die für DDR-Jugendliche typisch waren (vgl. FÖRSTER/ROSKI 1990, BRODBECK 1992, STARKE 1991, FRIEDRICH/HENNIG 1991, KÜHN 1992), und in gewisser Weise auch Bedeutung für ihre heutige Reflexion von Problemen und Konflikten haben.

Heute muß sich die heranwachsende Generation wiederum mit völlig neuen Lebensumständen, insbesondere ökonomischen Gegebenheiten, aber auch mit anderen Jugendproblemen, mit neuen Leistungs- und Verhaltensnormen, demokratisch-pluralistischen moralischen, politischen und ideologischen Wertorientierungen auseinandersetzen, auf die sie nur unzureichend vorbereitet ist.

Wie schon andere Untersuchungen zu Problemen und Konflikten Jugendlicher gezeigt haben (vgl. THOMAE 1984, WESTHOFF u.a. 1981, BERTRAM/FRIEDRICH 1988, BRODBECK 1991, KÜHN 1992) weisen Frauen und Männer, Jungen und Mädchen sowohl andere Erlebnisweisen bzw. Reflexionen objektiv gegebener Probleme und Konflikte in den verschiedenen Lebensbereichen, als auch andere Verhaltensreaktionen gegenüber diesen auf. Dies entspricht ihrer historisch entstandenen und sich weiter entwickelnden und verändernden Geschlechterrolle,

die sie im Verlauf ihrer ontogenetischen Entwicklung und beim Hineinwachsen in die von ihnen vorgefundene Gesellschaft erwerben. Dies zeigte sich auch in den Ergebnissen unserer Studie "Jugendszene und Jugendgewalt im Land Brandenburg" (Studie 1992), aus der wir einige wenige Ergebnisse ausgewählt haben, die für uns unter diesem Blickwinkel von besonderem Interesse waren.

### *Mehr Mädchen als Jungen nehmen Kriegsgefahr ernst*

Aus den Wertungen von 21 ideologisch-politischen Aussagen durch die 832 Jungen und 812 Mädchen unserer Stichprobe haben wir 8 ausgewählt. Sie enthalten eine Reihe von Hinweisen auf Probleme und Konflikte sowie auf Belastungen, die Jugendliche in der gegenwärtigen Übergangssituation erfahren, die sie in spezifischer Weise reflektieren. Die besondere Eigenart dieser Reflexionen, die auch Hinweise auf ihre ideologisch-politischen Einstellungen liefert, findet das Interesse von PädagogInnen, PolitikerInnen, SozialarbeiterInnen, Eltern u.a. mit Jugendproblemen befaßten Menschen, weil sie daraus möglicherweise weitergehende Überlegungen für Erziehungs- oder

Interventionsschwerpunkte in einzelnen Fragen ableiten können.

Ähnlich wie schon bei früheren Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig, in der Zeit der DDR, auch bei BRODBECK (1992) sowie bei den Leipziger Untersuchungen von 1991 (STARKE 1991) war bei den Jugendlichen das Bewußtsein über die Bedrohung, die Kriege mit sich bringen, sehr wach. Die (zusammengefaßten) zustimmenden Äußerungen lagen bei 78%. - Welche Unterschiede wurden zwischen Mädchen und Jungen sichtbar? (vgl. Tab. 1).

Die (statistisch signifikanten) Unterschiede zwischen den Antworten der Mädchen und Jungen waren erheblich, und zwar zugunsten der Mädchen, wie die Tabelle zeigt. Worauf dürften die differenten Ergebnisse zurückzuführen sein?

Unter der Vielfalt von "äußeren" und "psychischen" Bedingungen, die dabei eine Rolle spielen, sei auf die **größere "Problem- und Konfliktsensibilität" der Mädchen** verwiesen (WESTHOFF u.a. 1981, THOMAE 1984, BRODBECK 1992). Sie sind "ängstlicher", haben ein stärker "sozial bezogenes Denken", sind stärker durch Schilderungen über die furchtbaren Folgen des Krieges beeindruckt als Jungen.

Tabelle 1 "Wir brauchen den Frieden zwischen den Völkern"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	87,2	10,9	1,8
Jungen	69,7	21,9	8,4

Auch dürften die Jungen möglicherweise andere politische Inhalte stärker bewegt haben als die Kriegsgefahr, begünstigt vielleicht auch dadurch, daß die Gefahr eines umfassenden Weltbrandes aufgrund der schwindenden Ost-West-Konfrontation schon zum Zeitpunkt der Untersuchung deutlich gesunken war. Allerdings gelten nicht alle Erklärungen gleichermaßen für alle Jugendlichen. Es könnte sein, daß einige der Jungen eine aufgrund rechtsradikaler Gesinnung grundsätzlich andere Position zur Problematik von Krieg und Frieden einnehmen.

*Mehr Ordnung und Sicherheit:  
hohe Zustimmung bei beiden  
Geschlechtern*

Den höchsten Rangplatz zustimmender Äußerungen von Mädchen wie Jungen erhielt die Aussage: "Man muß in Deutschland wieder Ordnung und Sicherheit schaffen" (vgl. Tab. 2). 85,0% der Mädchen und 85,7% der Jungen stimmten dieser Forderung zu, nur 2,8% bzw. 4,2% sahen sie für nicht zutreffend an.

Die Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen waren erstaunlich gering. Die im Ergebnis fehlenden Unterschiede resultieren vermutlich aus den relativ hohen zustimmenden Werten, die bei-

de Geschlechter erreichten. Diese verhindern dann eine weitere Differenzierung zwischen ihnen (Deckeneffekt). Das Ergebnis dürfte Ausdruck des Bedürfnisses der Jugendlichen in den neuen Bundesländern nach mehr Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Leben und nach Zurückdrängen der Kriminalität durch staatliche Maßnahmen sein, wie dies auch in der Öffentlichkeit immer wieder gefordert wird. Anscheinend wird auch der Unterschied zwischen vorausgegangener relativ hoher öffentlicher Sicherheit und Ordnung vor der "Wende" und dem steilen Anstieg der Kriminalität danach besonders deutlich erlebt. Hier dürfte der Rechtsstaat, dürften aber auch alle BürgerInnen gefordert sein, das ihnen jeweils Mögliche zu tun. Gelingt es nicht, dieses Problem zu lösen, dann wächst die Gefahr, daß extremistische Kräfte diese unbewältigte Situation immer stärker für ihre Zwecke auszunutzen suchen, und die Forderung nach einem "starken Mann" oder "Führer" weiter an Boden gewinnt, der dann die Dinge wieder in Ordnung bringen soll.

Zu den Items, die durch Mädchen und Jungen relativ hohe Zustimmungswerte erhielten, gehörte auch ihre Stellungnahme zum Item "Mich beunruhigt das Anwachsen des Neonazismus in Deutschland" (vgl. Tab. 3)

Die Tabelle macht deutlich: Mehr als die Hälfte der Mädchen und Jungen sind darüber beunruhigt. **Jedoch ist die Zahl der beunruhigten Mädchen statistisch signifikant größer als die der Jungen.** Auch lehnten 15,6 Prozent mehr Jungen als Mädchen die geäußerte Meinung in relativ großer Zahl (27,9%) ab. Möglicherweise ergibt sich die geringere Zahl der Jungen, die "beunruhigt" sind, aus der Tatsache, daß mehr Jungen als Mädchen durch die rechtsradikalen bzw. neonazistischen Bewegungen angezogen werden. Sie neigen insgesamt stärker als Mädchen zu radikalen Ansichten und Lösungen von gesellschaftlichen Problemen als die Mädchen, was die Ergebnisse in ihrer Gesamtheit zeigen und was nicht aus einem einzelnen Ergebnis geschlossen werden darf.

*Weibliche Jugendliche stehen  
ausländischen Menschen  
deutlich weniger feindlich  
gegenüber als männliche*

Gegenüber den Leipziger Untersuchungen, die zeitlich früher als unsere Untersuchungen lagen, zeichnet sich bei unseren Ergebnissen ein **weiterer deutlicher Anstieg der ausländergefeindlichen Stimmung unter den Jugendlichen ab**, was auch in den Ergebnissen dieses von uns verwendeten Items sichtbar wird (vgl. Tab. 4)

Waren bei STARKE (1991) nur 27 Prozent der Jugendlichen, die sich von Ausländern bedroht fühlten, so waren es in unseren Untersuchungen bereits 42,3 %, die der o. g. Parole zustimmten. Unsere Tabelle zeigt: 12,2 Prozent mehr Jungen als Mädchen (!) stimmten dieser Aussage zu, während 4,8 % mehr Mädchen als Jungen die geäußerte Position für nicht zutreffend ansahen. **Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind statistisch signifikant. Auch aus diesem Ergebnis wird die größere Radikalität der politischen Ansichten der Jungen gegenüber den Mädchen deutlich.**

Bei der Entstehung dieses Ergebnisses dürfte eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle spielen. OESTERREICH (1992) vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung verweist z. B. darauf, daß bei der Sicht der Jugendlichen auf die Ausländer ihre vermeintliche Konkurrenz um Arbeitsplätze eine Hauptrolle spielte. In der DDR stellten

Tabelle 2 "Man muß in Deutschland wieder Ordnung und Sicherheit schaffen"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	85,0	12,2	2,8
Jungen	85,7	10,1	4,2

Tabelle 3 "Mich beunruhigt das Anwachsen des Neonazismus in Deutschland"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	70,3	17,4	12,3
Jungen	57,0	15,1	27,9

Tabelle 4 "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	35,4	29,5	35,1
Jungen	47,6	22,2	30,3

die Ausländer aufgrund der allgemeinen Vollbeschäftigung keine Konkurrenz um Arbeitsplätze dar. Heute scheint dies nicht mehr so.

Auch wir sind der Meinung, daß die **Jungen aufgrund ihrer Geschlechterrolle heute stärker als Mädchen auf vermeintliche oder tatsächliche Gefährdungen ihres künftigen Arbeitsplatzes durch Ausländer reagieren.**

Sind es doch bei Ausländern vor allem die Männer, die als Arbeitskraft konkurrieren. Darüber hinaus dürfte auch die stärkere Beteiligung der Jungen an politischen Diskussionen in rechtsgerichteten Gruppen einen Katalysator für die Herausbildung von mehr ausländerfeindlichen Ansichten als bei Mädchen darstellen. Auch dürfte es sich ungünstig auf die Entwicklung ideologisch-politischer Einstellungen der Jungen auswirken, daß neonazistische Kräfte ausländerfeindliche Parolen am deutlichsten artikulieren. - "Entscheidend für die Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern ist nicht, wie viele Ausländer es jetzt schon dort gibt und in welchem Maße ... Jugendliche schon konkrete Erfahrungen mit Ausländern gemacht haben. Entscheidend ist vielmehr das für viele Menschen in Ostdeutschland bestimmende Bewußtsein, daß sich Ausländer auch etwas vom 'Wohlstandskuchen' abschneiden wollen, den sie sich durch die Wende erkämpft zu haben glauben" (OESTERREICH 1992, S. 19).

Aus den genannten Gründen dürfte sich bei einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern die Gefahr wachsender Ausländerfeindlichkeit und verstärkter Zuwendung der Jugendlichen, unter ihnen besonders auch der Jungen, zu rechtsradikalen Strömungen vergrößern.

*Mädchen fühlen sich weniger zu neonazistischen Kräften hingezogen als Jungen*

Die gleichen Bewertungstendenzen durch Mädchen und Jungen ließen bei den beiden nachfolgenden Aussagen "Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland" und "Die meisten Kriminellen sind Ausländer" erkennen, wie die nachstehenden Tabellen 5 und 6 deutlich machen. **13,8 Prozent (!) mehr Jungen als Mädchen** hielten die Aussage, wonach die

Ausländer an der Arbeitslosigkeit in Deutschland Schuld haben, für zutreffend, während zugleich 8,7 % weniger Jungen als Mädchen die Ansicht für nicht zutreffend ansahen. Die Zahl der Mädchen, die keine Meinung hatten, war um 5 % größer als die der Jungen. Immerhin waren es mehr Mädchen, die dieses Statement für **nicht zutreffend** betrachteten als Mädchen, die zustimmten. Bei den Jungen war es umgekehrt.

Eine große Differenz von 16,1 Prozent zwischen Jungen und Mädchen ergab sich bei der zustimmenden Bewertung und von 17,8 % bei der Ablehnung der im Item enthaltenen radikalen Position durch diese Jugendlichen (vgl. Tab. 6 "Die meisten Kriminellen sind Ausländer").

Im Zusammenhang mit den Forderungen nach Ordnung und Sicherheit ist auch der Ruf nach einem "Führer/starken Mann" zu hören, der - selbstverständlich - zum Wohle aller regiert. Wie verhielten sich die Mädchen und Jungen einer solchen Position gegenüber?

Die nachfolgende Tab. 7 ("Deutschland braucht wieder einen Führer/starken Mann, der zum Wohle aller regiert") ergibt, daß die Antworten der Jungen bei ihnen wiederum eine größere Valenz zu rechtsradikalen, ja neonazistischen Äußerungen und Meinungen augenfällig machen, als dies bei Mädchen der Fall

ist. Obwohl mehr Jungen diese Position ablehnen als ihr zustimmen, so ist doch der Prozentsatz derjenigen, die sie für zutreffend halten, erschreckend hoch. Aber auch bei den Mädchen beunruhigt die Zahl der zustimmenden Äußerungen. Keine Meinung äußern mehr Mädchen als Jungen, was bei vielen anderen Ergebnissen auch so ist, was u. a. auch in dem geringeren Grad an Zuwendung der Mädchen zu politischen Fragen liegen mag.

*Mittelfristig besteht die Gefahr eines Anwachsens neonazistischer Kräfte*

Vergleicht man diese Zahlen mit denen der Wähler rechtsradikaler Parteien, so wird mittelfristig die Gefahr eines Anwachsens neonazistischer Kräfte vor allem in den neuen Bundesländern sichtbar, wobei Jungen dieser Gefahr stärker ausgesetzt sind als Mädchen, wenn es nicht gelingt, die Hauptprobleme Ostdeutschlands zu lösen, die vor allem vom wirtschaftlichen Aufschwung abhängig sind. Sie betreffen die Arbeitslosigkeit, die soziale Gleichstellung und die Eindämmung der Gewaltkriminalität.

Ungünstig für die politische Meinungsbildung bei Jugendlichen wirkt sich auch ihre **Skepsis in Bezug auf den wirtschaftlichen Aufschwung in Ost-**

Tabelle 5 "Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	31,4	28,6	40,0
Jungen	45,2	23,6	31,3

Tabelle 6 "Die meisten Kriminellen sind Ausländer"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	25,3	23,5	51,2
Jungen	41,4	25,1	33,4

Tabelle 7 "Deutschland braucht wieder einen Führer/starken Mann, der zum Wohle aller regiert"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	23,1	33,5	43,4
Jungen	31,0	28,0	41,0

Tabelle 8 "Die soziale Marktwirtschaft führt zum Wohlstand für alle"

Geschlecht	zutreffend	keine Meinung	nicht zutr.
Mädchen	15,1	44,8	40,1
Jungen	26,0	31,8	42,2

deutschland aus, wie die obenstehende Tab. 8 ("Die soziale Marktwirtschaft führt zum Wohlstand für alle") aufzeigt.

Das Ergebnis macht die außerordentlichen Zweifel deutlich, die sowohl Jungen als auch Mädchen - mit jeweils über 40 Prozent der ablehnenden Äußerungen gegenüber dem Statement - der ökonomischen Politik der Bundesregierung entgegenbringen. Erstaunlich an diesem Ergebnis erscheint, daß es mehr Jungen als Mädchen sind, die der Aussage zustimmen. Möglicherweise widerspiegelt sich darin die Tatsache, daß Frauen in besonderer Weise unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und ein Teil der Mädchen unter dem Einfluß ihrer Mütter und anderer Frauen sich dieses Sachverhaltes durchaus bewußt ist.

Das waren nur einige Ergebnisse, auf die wir hier verweisen konnten. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, bei Untersuchungen nach Geschlechtern zu differenzieren, sich mit geschlechts-

spezifischen Besonderheiten der Wertorientierung von Jugendlichen zu befassen, weil ihre Kenntnisgrundlage für eine differenzierte Erziehung bzw. Intervention ist.

**Horst Kühn**

#### Bezugshinweis:

Die Studie "Jugendszene und Jugendgewalt im Land Brandenburg" ist erhältlich bei der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, O-1561 Potsdam, Telefon: Potsdam 339-256.

#### Literaturverzeichnis

Bertram, B./Friedrich, W. u.a.: Adam und Eva heute. Leipzig 1988. Brodbeck, M.: Zur Reflexion psychosozialer Konflikte durch Schuljugendliche. Frankfurt/Main 1992.

Förster, P./Roski, G.: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990. Friedrich, W./Henning, W.: Jugend in der DDR. Weinheim/München 1991.

Kühn, H.: zum Konfliktleben von Schulju-

gendlichen in der letzten Phase der Existenz der DDR. In: Psychologie und Geschichte, H.4, 1992.

Oesterreich, D.: Im Osten nicht rechts-extremer als im Westen. Erziehung und Wissenschaft, H.3, 1992.

Starke, U. u.a.: Jugend in Leipzig 1991. Manuskriptdruck, Universität Leipzig. Laboratorium für Studentenforschung und Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e. V. Studie "Jugendszene und Gruppengewalt im Land Brandenburg". Institut für Familien- und Kindheitsforschung an der Universität Potsdam.

Thomae, H.: Formen der Auseinandersetzung mit Konflikt und Belastung im Jugendalter. In: Olbrich, E./Todt, E.: Probleme des Jugendalters. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1984.

Westhoff u.a.: Problemfragebogen für 11- bis 14jährige. Braunschweig 1981.

### Fester Arbeitsplatz bietet keine Gewähr gegen fremdenfeindliche und nationalistische Orientierungen

Eine erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher mit dem Titel "Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie" haben Baake, Heitmeyer, Hurrelmann und Treumann herausgegeben.

Im Mittelpunkt der Veröffentlichung stehen Erfahrungen einer Gruppe von Jugendlichen mit drohender und tatsächlicher Arbeitslosigkeit, ihrem familiären Milieu und ihren politischen Orientierungen sowie ihrer Stellung in der Gleichaltrigengruppe.

Das Interesse der Wissenschaftler richtet sich hierbei vor allem auf Zusammenhänge und Verlaufslinien. Im Rahmen von ausführlichen Interviews wird die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit, Gewaltakzeptanz und rechtsextremistischen Orientierungen analysiert und die Bedingungen für Distanz, Ambivalenz, Akzeptanz und Veränderung solcher politischer Orientierungen und Handlungsweisen beleuchtet und im Hinblick auf die Identitätsentwicklung der Jugendlichen interpretiert (erschienen 1992 im Juventa-Verlag, Weinheim und München).

### Altersübergangsgeld in den neuen Bundesländern ohne Kopplung an Sparvorhaben verlängert

Durch Verordnung des Bundesarbeitsministers und mit Zustimmung des Bundesrates wurde nunmehr die Regelung zum Altersübergangsgeld bis zum Jahresende rechtswirksam verlängert, und zwar ohne Kopplung mit Sparvorhaben der Bundesregierung im Bereich der Arbeitsförderung.

Damit hat sich Brandenburg mit seiner Position durchgesetzt. Der Brandenburgische Landtag hatte Einsparungen im Bereich der Arbeitsförderung als "Preis" für die Fortsetzung von Zahlungen beim Altersübergangsgeld kategorisch abgelehnt.

Die Verlängerung, die im Einigungsvertrag vorgesehen ist, wurde seit langem von allen neuen Bundesländern auf Initiative Brandenburgs gefordert. Ebenso verlangte sie der Bundesrat in einer einstimmigen Entschließung.

Die Möglichkeit für 55jährige und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch über den 30.6.1992 hinaus vorzeitig ihr Arbeitsverhältnis zu beenden und Altersübergangsgeld zu beziehen, entlastet den Arbeitsmarkt und gibt daher Arbeitslosen größere Möglichkeiten, wieder eine Arbeit zu erhalten.

## Brandenburgische Frauenwoche '92: Aktuelle frauenpolitische Diskussionsforen, kulturelle Vielfalt und intensiver Erfahrungsaustausch

Unter der Schirmherrschaft von Ministerin Hildebrandt fand im Mai 1992 die zweite Brandenburgische Frauenwoche statt. Die Koordination und Konzipierung übernahm - wie bei der ersten Woche dieser Art im Frühjahr 1991 - der nur für diesen Zweck gegründete Verein

Brandenburgische Frauen e.V., ein Zusammenschluß von Gleichstellungsbeauftragten und anderen engagierten Frauen. Themenschwerpunkte der zahlreichen Veranstaltungen vor Ort waren die brandenburgische Verfassung, der Paragraph 218 sowie Frauen und Arbeitsmarkt.

### Blick zurück

Idee und Konzept zur ersten Aktionswoche gingen von der sich dramatisch verändernden Situation gerade der Frauen in den neuen Bundesländern aus. Zum damaligen Zeitpunkt war bereits absehbar, daß vorrangig Frauen aus dem Arbeitsleben verdrängt werden und ihre Wiedereinstiegschancen wesentlich geringer sind als die ihrer männlichen Kollegen.

Da die Gründung von Frauenvereinen und -gruppen zur Schaffung solidarischer Strukturen erst noch in den Anfängen steckte, ging es zunächst darum, Öffentlichkeit herzustellen und bestehende Fraueninitiativen untereinander und mit Interessierten in Kontakt zu bringen, um neue Aktivitäten anzuknüpfen.



Insbesondere sollten die spezifischen Probleme der jeweiligen Stadt oder Gemeinde thematisiert werden, um konkrete Ansatzpunkte für Mitsprache und Mittun zu bieten.

Begleitet wurde die erste Aktionswoche von der Fotoausstellung "Sind wir das? - Fotos von Frauen", die auch in diesem Jahr wieder zu besichtigen war.

### '92: Doppelt so viele Veranstaltungen wie im Vorjahr

Zur diesjährigen Frauenwoche wurden in über dreißig Städten und Gemeinden doppelt so viele (256) Veranstaltungen wie im Vorjahr angeboten. Frauen in allen Lebenslagen wurden hierbei angesprochen - Arbeitslose, Rentnerinnen, Landfrauen, Alleinerziehende und Existenzgründerinnen. Frauen und Kunst war ebenso ein Thema wie die Integration ausländischer Mitmenschen, Fragen zur Kinderbetreuung oder alternative Heilungsmethoden. Auf zahlreichen Info-Börsen hatten zudem Frauengruppen, Beratungsstellen und Institutionen Gelegenheit, sich und ihre Projekte vorzustellen.

Zahlreiche Diskussionsforen kreisten um aktuelle frauenpolitische Themen: um den § 218, den brandenburgischen Verfassungsentwurf und um die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Wesentliches Ziel der Veranstaltungen war es, Frauen aus ihrer Resignation herauszuholen und zum Engagement zu motivieren.

Vorbereitung und Durchführung der Woche erforderten vor Ort viel Aufwand, Zeit und Phantasie der Veranstalterinnen. Frühzeitig und vielfältig wurde in diesem Jahr über die bevorstehende zweite Brandenburgische Frauenwoche informiert. Eine Reihe von JournalistInnen und ReporterInnen war der Einladung zu einem Pressefrühstück mit Ministerin Hildebrandt gefolgt. Die Veranstalterinnen selbst waren zumeist mit der Woche zufrieden. Erfreulich war es, bei den Veranstaltungen viele neue Gesichter zu sehen.

### Eine Verfassung für Brandenburg - wo stehen die Frauen?

In den verschiedenen Diskussionen über die Brandenburgische Verfassung wur-

de unterstrichen, daß der erste Entwurf wesentlich fortschrittlicher gewesen sei, als der vom Parlament verabschiedete zweite, der am 14. Juni '92 bei einer Wahlbeteiligung von knapp 48% mit überwältigender Mehrheit per Volksentscheid angenommen wurde.

Unverständlich war es den Teilnehmerinnen, daß die Festlegung, sich bei der Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch für eine Fristenlösung auf Bundesebene einzusetzen, wieder zurückgenommen wurde, wogegen ein "Schutz des ungeborenen Lebens" weiter im Verfassungsentwurf verankert bleibt. Auch vermißten die Teilnehmerinnen eine Festlegung zum Schutz der Würde der Frau und die frauenfreundlichere Sprachregelung des ersten Entwurfes (z.B. Bürgerinnen und Bürger).

Die PolitikerInnen gaben demgegenüber zu bedenken, daß einer Landesverfassung durch das Grundgesetz inhaltlich Grenzen vorgegeben sind (Bundesrecht bricht Landesrecht). Eine Neuregelung des Abtreibungs(un)rechts und der Schutz der Würde der Frau sind aber darüber war man sich einig - als politische Ziele weiter zu verfolgen.

Zur Erreichung der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit im Parlament hatten alle



Parteien in sämtlichen Bereichen Kompromisse hinsichtlich einzelner Zielsetzungen eingehen müssen. Dennoch sei im Ergebnis ein fortschrittlicher und zukunftsweisender Verfassungsentwurf herausgekommen.

### Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch: 20 Jahre Fristenlösung stehen auf dem Spiel

Im Rahmen der Frauenwoche hatten PolitikerInnen Gelegenheit, sich mit den Brandenburgerinnen über eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs auf Bundesebene auseinanderzusetzen. Die Brandenburgerinnen sind mehrheitlich für eine Fristenregelung.

Deshalb sehen sie in dem sogenannten "Kompromißpapier" der SPD- und FDP-Bundestagsfraktionen eine Verschlechterung gegenüber der jetzt noch gültigen Fristenregelung in den neuen Bundesländern. Kritisiert wurde insbesondere, daß die Regelung zum Schwangerschaftsabbruch weiter - wie jetzt in den alten Bundesländern - im Strafgesetzbuch verankert werden soll. Zudem herrschten Meinungsunterschiede über Sinn und Zweck der "Zwangsberatung" vor dem Abbruch einer Schwangerschaft.

Der Vorschlag der SPD- und FDP-Fraktion, so die PolitikerInnen, habe als einziger die Chance auf eine Mehrheit im Bundestag. Das Selbstbestimmungs-



recht der Frau beim Schwangerschaftsabbruch bleibe jedoch auch nach einer möglichen positiven Entscheidung im Bundestag in der Diskussion.

### Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt - Wege aus der Resignation

Die Arbeitslosigkeit der Frauen in den neuen Bundesländern steigt weiter an, während die der Männer leicht rückläufig

ist. Auch deshalb war die Teilnahme an Veranstaltungen zur Arbeitsmarktsituation besonders groß; ein Zeichen dafür, daß die Brandenburgerinnen keinesfalls ein Interesse daran haben, sich an



Heim und Herd zurückdrängen zu lassen.

Bei allen Diskussionsforen wurde klar, daß die arbeitslosen und (noch) beschäftigten Frauen an einer sinnvollen Vollzeitumschulung interessiert sind, um einer drohenden Arbeitslosigkeit möglichst zu entgehen. Zur Zeit sehen jedoch Frauen für sich nur begrenzte Qualifizierungsmöglichkeiten.

Auf Interesse stießen Frauenprojekte, bei denen ABM-Stellen geschaffen werden, die später in feste Stellen übergehen. Auf Veranstaltungen zum Thema "Existenzgründung" erhielten Frauen von ExpertInnen wichtige Hinweise zu Förderungsmöglichkeiten und -mitteln. Deutlich wurde, daß Frauen selbst aktiv werden müssen, wenn sie ihre Situation im Arbeitsleben verbessern wollen. Sie sollten Möglichkeiten der Förderung durch das MASGF und das Wirtschaftsministerium sowie Beratungsmöglichkeiten bei den unterschiedlichsten (Frauen-) Vereinen und Institutionen verstärkt nutzen.

### Brandenburgische Frauenwoche - schon Tradition

Die Brandenburgische Frauenwoche rückt die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in das Licht der Öffentlichkeit, versucht, durch das Aufzeigen von Wegen und Möglichkeiten der Resigna-



tion und Passivität von Frauen im Lande zu begegnen.

Das Fazit: Die zweite einwöchige Aktion von Frauen für Frauen hat wiederholt dazu beigetragen, das brandenburgische Frauennetzwerk auszubauen, den gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu erweitern und die Kooperation zu intensivieren.

Barbara Braun

.....

• **Kolloquium**

• **"Bildungschancen und**

• **Beschäftigungsperspek-**

• **tiven für Frauen in den**

• **neuen Bundesländern"**

• Das Bonner Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft veranstaltet gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg vom 15. bis 17. September 1992 ein Kolloquium zum Thema: "Bildungschancen und Beschäftigungsperspektiven für Frauen in den neuen Bundesländern".

• Zu dem Kolloquium, das an der Universität Potsdam stattfindet, werden ca. 200 Expertinnen und Experten aus Bildung, Wissenschaft, Bildungs- und Arbeitsverwaltung, aus Institutionen der Wirtschaft, Gewerkschaften und Frauenbeauftragte, überwiegend aus den neuen Bundesländern, erwartet. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht die Frage, wie verhindert werden kann, daß Frauen zu Verliererinnen des Einigungsprozesses werden und welchen Beitrag Bildung und Weiterbildung hierzu leisten können.

• Interessentinnen und Interessenten an diesem Kolloquium wenden sich bitte an: RKW Nordrhein-Westfalen, Forum für Frauen, Sohnstraße 70, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/68001, Fax: 0211/6800 1 68, oder an Frau Ahlswede, RKW - Landesgruppe Brandenburg, Berliner Straße 89, O-1560 Potsdam, Tel.: 22124/483105, Fax: 24100

.....

## Studien zur Situation von Frauen und zur Frauenarbeitslosigkeit in den neuen Ländern

Die nachfolgende zusammenfassende Ergebnisdarstellung dreier Studien aus mehreren Regionen Brandenburgs spiegelt verschiedene Aspekte der Situation von Frauen und der Frauenarbeitslosigkeit im Lande wider. Die Gegenüberstellung mit den wichtigsten Ergebnissen einer "Brigitte"-Umfrage rundet das Bild ab.

### Stadt Cottbus - die Wende tangiert das Sicherheitsbedürfnis von Frauen

Einen Einblick in die gegenwärtige Lebens- und Arbeitsmarktsituation von Frauen in Cottbus vermittelt eine mit finanzieller Unterstützung der Stadt Cottbus verfaßte Studie von Dr. Ursula Strzodka. Sie erfaßt eine repräsentative Gruppe von 721 Cottbuser Frauen im Alter von 18 bis 70 Jahren.

#### Bisheriges Rollenverständnis

Der Befragungsauswertung vorangestellt ist ein Umriss des Rollenverständnisses, wie es von den Frauen zu DDR-Zeiten verinnerlicht wurde. Sein Hauptinhalt, die Gleichzeitigkeit von Berufstätigkeit und reproduktiver Funktion der Frau in der Familie bei postulierter Gleichberechtigung, wird kritisch hinterfragt und mit ökonomischen Zwängen sowie staatlicher Ideologie begründet.

Die Studie umfaßt verschiedene Aspekte: Cottbus als Wohnort, Frau und Familie, Frau und Berufstätigkeit, Frau und politisches Engagement, Frau und Umweltverhalten und die Wende aus Frauensicht.

#### Sicherheitsbedürfnis und Beziehungsorientierung

In den Vorstellungen der befragten Frauen zu Cottbus als Wohnort dominieren die Schwerpunkte öffentliche Ordnung (Sorge um die Sicherheit der Kinder und wegen wachsender Kriminalität) und soziale Absicherung (Arbeitslosigkeit; die Einstellung darauf ist schwierig, weil vorher Sicherheit des Arbeitsplatzes erlebt wurde).

Die Befragungsergebnisse spiegeln den Wunsch der Frauen wieder, ein glückliches Familienleben mit Kindern zu führen und vom Partner geliebt zu werden. Die Konfliktfähigkeit in der Beziehung und in anderen Lebensbereichen stellt sich allerdings als nur gering entwickelt

dar, eine - so Strzodka - Altlast der idealisierten Wertevermittlung in Erziehung und Bildung der ehemaligen DDR.

Aus ökonomischen und emanzipatorischen Gründen wollen Frauen mehrheitlich auch nach der Wende nicht auf berufliche Tätigkeit verzichten. Für ältere Frauen steht hierbei besonders der Erhalt sozialer Beziehungen, die Vermeidung von Isolierung im Vordergrund.

#### Hang zu politischer Enthaltbarkeit

Auffallend ist der Hang von Frauen zu politischer Enthaltbarkeit, wozu mehrere Ursachen betrachtet werden: die - nach Margarete Mitscherlich - Definition der Frauen an männlichen Werten und ihre Angst vor Liebesverlust und Schuld bei Übernahme von Macht und Verantwortung, weiter eine noch nicht abgeschlossene individuelle Aufarbeitung von eventuellem Mitläufertum vor der Wende, Zweifel am Nutzen politischen Kampfes etc.

Die Wende tangiert ganz besonders das Sicherheitsbedürfnis und die Beziehungsorientierung von Frauen.

*(Titel: Studie zur Situation der Frauen in Cottbus. Bezugsadresse: Stadtverwaltung Cottbus, Gleichstellungsbeauftragte Sabine Hieckel, Neumarkt 5, O-7500 Cottbus, Tel.: 0959/6120)*

### Braunkohlenregion - Frauen wollen weiterarbeiten

Zur Situation der Frauen im Kohle- und Energiebezirk Lausitz initiierte der Bezirksfrauenausschuß der IG Bergbau und Energie eine Befragung unter den dortigen weiblichen Beschäftigten.

#### In männertypischen Berufen

Die Braunkohlenregion zwischen Cottbus und Dresden ist das größte Tagebaugebiet der früheren DDR. In den Tagebaubetrieben, Brikettfabriken und Kraftwerken waren bzw. sind Frauen in fast allen Tätigkeitsbereichen ver-

treten, von der Produktion bis zur Forschung, vielfach in "typischen" Männerberufen. Genau wie ihre männlichen Kollegen arbeiten sie im Schichtbetrieb, auch nachts, und sie arbeiten gern in ihren Berufen und sind stolz darauf.

Diese Vielfalt von Arbeitsmöglichkeiten für die Frauen ist jedoch gefährdet. Die notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen in dem Bergbaurevier gehen insbesondere zu Lasten dieser Frauen und ihrer beruflichen Perspektive. Zugleich werden sie zunehmend auf ihre vermeintlich "natürliche" Rolle als Mutter und Hausfrau verwiesen, und ihre Berechtigung, in eher männertypischen Berufen zu arbeiten, wird angezweifelt.

Und wie sehen die Frauen ihre neue Situation?

#### Weiterarbeiten nicht nur wegen des Geldes

1631 Frauen beteiligten sich an der Umfrage. Ein hauptsächliches Ergebnis der Untersuchung ist, daß die Frauen zu über 90% auch dann weiter berufstätig bleiben wollen, wenn der Partner ausreichend verdient. Jedoch bevorzugen über die Hälfte der Frauen eine Teilzeitarbeit, wenn sie es sich aussuchen könnten und der Partner ausreichend verdient.

#### Kaum Mobilität

Die Arbeitszeitwünsche der Frauen sind sehr unterschiedlich und differenziert. Die Gleitzeitarbeit kommt der notwendigen Koordination von Beruf und Familie am weitesten entgegen, für sie votierten 85,7% der Frauen.

Fast alle Frauen sind zu Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bereit. Jedoch verbinden 96,8% der Frauen ihre Zustimmung dazu mit der einschränkenden Bedingung, daß die Wohnortnähe gewährleistet sein muß.

Damit wird in unerwartet hohem Maße bestätigt, daß Frauen aufgrund ihrer Lebenslage kaum Mobilität besitzen - ein weiterer, zusätzlicher Faktor ihrer beruflichen Benachteiligung.

Die hohe Priorität der Beibehaltung sozialer Regelungen in den Betrieben (89,5% für Beibehaltung der Kinderbetreuungseinrichtungen, 79,3% für Freistellungsregelungen zur Pflege erkrankter Kinder, mehrheitliche Befürwortung eines betrieblichen Berufsverkehrs, der Kinderferienlager und der Belegschaftsversorgung) überrascht

nicht, insbesondere vor dem Hintergrund, daß 15,3% der Befragten alleinerziehende Mütter sind.

Die IGBE sieht im Ergebnis dieser Befragung, wie es in ihrem Bericht heißt, ihre Aufgabe vor allem in dreierlei Hinsicht:

1. die bestehende Berufsvielfalt auch für Frauen in der Bergbau- und Energiewirtschaft nicht einzuschränken,
2. den formal guten Ausbildungsstand der Frauen zur Anpassungsqualifizierung auch in gewerblich-technischen Berufen zu nutzen,
3. Arbeitszeitstrukturen zu verändern und mehr Zeitsouveränität durch betriebliche und tarifpolitische Regelungen zu schaffen.

*(Titel: Perspektiven der Frauenerwerbsarbeit. Ergebnisse einer Umfrage im Bezirk Lausitz 1991.*

*Bezugsadresse:*

*Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), Alte Hattinger Straße 19, W-4630 Bochum. Tel.: 3190)*

## **Potsdam - deutliche Geschlechterunterschiede bei den Nettoeinkommen**

Eine Untersuchung innerhalb des ABM-Projektes "Frauenarbeitslosigkeit" der Uni Potsdam will innerhalb eines Zeitraumes von zunächst zwei Jahren durch eine mehrmalige Befragung im Arbeitsamtsbezirk Potsdam Einblick gewinnen in die jeweiligen Lebenssituationen und subjektiven Erlebnisweisen von vier Personengruppen: Arbeitslose, in Fortbildung und Umschulung sowie in ABM integrierte Personen und Berufstätige, jeweils beiderlei Geschlechts und aller Altersgruppen.

Ein inzwischen vorliegender Kurzbericht über Untersuchungsergebnisse stellt bezüglich Frauenarbeitslosigkeit u.a. fest:

- Insbesondere Frauen haben (auch) vor der Wende unter ihrer vorhandenen Qualifikation gearbeitet, was sich bei der nachfolgenden Umstrukturierung auf dem Arbeitsmarkt noch verstärkt hat. - Bei einem Vergleich der Nettoeinkommen zwischen den Geschlechtern gibt es in allen vier Befragtengruppen deutliche Unterschiede zuungunsten der Frauen, ohne daß signifikante Unter-

schiede in der Qualifikation gegenüber den Männern bestünden.

- 85% der weiblichen und 93% der männlichen Arbeitslosen vermissen die Bestätigung, die sie durch ihre Arbeit gefunden haben. Hiermit korrespondiert die weiter festgestellte Tatsache, daß die fehlende Anwendungsmöglichkeit von Fähigkeiten bei 87% der arbeitslosen Frauen und 85% der analogen Männergruppe beklagt wird. Dies, so die Studie, sei besonders im Hinblick auf die Frauen interessant, denen zunehmend suggeriert werden sollte, sie hätten zum größten Teil nur aus ökonomischen Zwängen heraus gearbeitet.

- Weiter glauben Männer eher, daß ihre erworbenen Qualifikationen auch weiterhin Gültigkeit behalten (24% gegenüber 13,7% bei den Frauen). Daraus erklärt sich auch der höhere Prozentsatz von Frauen bei dem Wunsch nach Fortbildung (67,6% gegenüber 57,1% bei den Männern) und Umschulung (70% gegenüber 42,9% bei den Männern).

- Als Hauptverantwortliche für das starke Anwachsen der Arbeitslosigkeit werden von allen Befragten an erster Stelle "maßgebliche Politiker durch ihre Fehleinschätzung" und an zweiter "das Privatisierungskonzept der Treuhand" genannt.

*(Titel: Chancen, Konflikte und Potentiale des gesellschaftlichen Handelns beim wirtschaftlichen und sozialen Wandel in den ostdeutschen Bundesländern.*

*Bezugsadresse:*

*Universität Potsdam, Fachbereich Sozialwissenschaften, ABM-Projekt "Frauenarbeitslosigkeit", August-Bebel-Straße 89, O-1590 Potsdam-Babelsberg, Tel.: Potsdam 76701)*

## **"Brigitte"-Studie zur Kinderbetreuung**

800 von sieben Millionen Müttern mit Kindern unter 13 Jahren ließ das Hamburger GFM-GETAS-Institut im Auftrag der Zeitschrift "Brigitte" interviewen. In diese Untersuchung waren auch Frauen aus den neuen Ländern einbezogen.

Fazit der aktuellen Bestandsaufnahme: Im Westen hält die Betreuungsmisere an, und im Osten, wo es solche Probleme früher kaum gab, blicken Mütter durchaus pessimistisch in die Zukunft.

Die wichtigsten Ergebnisse der "Brigitte-Studie" seien hier kurz zusammengefaßt:

- Mütter - ob berufstätig oder nicht, alleinerziehend oder verheiratet - sind sich einig: In Deutschland gibt es viel zu wenig Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen.

- "In Deutschland bleibt die ganze Arbeit mit den Kindern an den Müttern hängen" - dem stimmen zwei von drei der befragten Frauen (68%) voll und ganz oder überwiegend zu.

- "Ich bin diejenige, die sich hauptsächlich um den Haushalt kümmert" - damit müssen sich auch heute noch 83% der Mütter herumplagen.

- 57% der Mütter fordern vom Staat: "Als erstes sollten die Betreuungseinrichtungen ausgebaut werden, damit Mütter berufstätig sein können."

- 77% der Mütter sind dafür, daß es überall in Deutschland wahlweise Ganztagschulen gibt.

- 61% der Mütter plädieren dafür, daß endlich mehr Väter Erziehungsurlaub nehmen.

Die Ergebnisse der "Brigitte"-Studie zeigen, daß die Auffassung, Kinderbetreuung und -erziehung sollten vornehmlich im Schoße der Familie erfolgen und dort wiederum vornehmlich durch die Mütter (um den Preis ihrer beruflichen Tätigkeit), bei den Frauen keine mehrheitliche Zustimmung findet. Zur Durchsetzung ihrer gleichberechtigten Interessen und zur Aufhebung ihrer Isolation vom Berufsleben ist der Staat gefordert, auf die prekäre Situation zu reagieren.

## **EDV-Weiterbildung für Frauen von Frauen**

Der Verein FrauenTechnikZentrum Potsdam e.V. informiert:

In (z.B. achtmonatigen) Basis- und Aufbaukursen können sich Frauen berufsbegleitend auf den Gebieten Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Grafik und Datenbanken weiterbilden, oder sich in Abend- und Wochenendkursen theoretisch und praktisch mit dem Computer bekanntmachen. - Für Information und Anmeldung: FrauenTechnikZentrum e.V., Am Neuen Garten 64, O-1560 Potsdam, Tel. 22984, App. 5

## Rechte von Arbeitnehmerinnen bei Einstellungsgesprächen

In letzter Zeit bekannt gewordene Fälle, in denen Arbeitgeber bei Einstellungsgesprächen mit Frauen in den neuen Bundesländern nicht nur nach einer bestehenden Schwangerschaft gefragt, sondern die Bewerberinnen sogar aufgefordert haben, Sterilisationsnachweise zu erbringen, geben Anlaß, auf die Rechte von Frauen bei Bewerbungen und Einstellungsgesprächen hinzuweisen.

Daß die Forderung nach einem Sterilisationsnachweis gegen geltendes Recht verstößt und Frauen diskriminiert, bedarf keiner Diskussion. Arbeitgeber dürfen bei Einstellungsgesprächen nur solche Fragen stellen, die mit dem Arbeitsplatz oder der zu leistenden Arbeit im Zusammenhang stehen und für die ein berechtigtes Interesse besteht.

Unzulässig sind daher Fragen nach der Einnahme von Verhütungsmitteln, nach Heiratsabsichten, nach Kinderwünschen oder nach der letzten Regel. Auch die Frage, ob eine Schwangerschaft besteht, ist grundsätzlich nicht mehr zulässig, so der Entscheid des Europäischen Gerichtshofes Ende 1990.

Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn aufgrund einer Schwangerschaft eine Tätigkeit überhaupt nicht ausgeübt werden könnte, z.B. die eines Mannequins.

Unzulässige Fragen brauchen die Bewerberinnen nicht bzw. nicht wahrheitsgemäß zu beantworten. Wenn sie auf eine unzulässige Frage nicht wahrheitsgemäß geantwortet haben, können ihnen daraus keine rechtlichen Nachteile entstehen - nicht nur bei mündlichen Fragen, sondern auch bei entsprechenden Fragestellungen in Fragebögen.

Diese Rechtslage sollte sich jede Frau, die mit unzulässigen Fragen bei einer Bewerbung konfrontiert wird, bewußt machen. Es gehört aber auch zu den Aufgaben der Betriebsräte, darauf zu achten, ob in ihrem Betrieb derartige unzulässige Fragen oder Forderungen

## Qualifizierung und Arbeit für Brandenburgerinnen

Mit dem Landesprogramm 1992 "Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg" will die brandenburgische Landesregierung möglichst viele Brandenburgerinnen und Brandenburger dabei unterstützen, Arbeit zu finden und/oder sich beruflich zu qualifizieren.

Die Mehrheit der Arbeitslosen in Brandenburg sind Frauen. Die Programme sind daher so zugeschnitten, daß sie vorrangig Frauen zu Arbeit und/oder beruflicher Qualifikation verhelfen sollen.

**Das Programm kann aber nur dann wirksam werden, wenn Frauen es sich zunutze machen!**

- Es gilt nach wie vor
- Projektideen zu entwickeln und umzusetzen
- Arbeitgeber über die Fördermöglichkeiten zu informieren und die finanziellen Anreize zu nutzen, um Arbeits- und Ausbildungsplätze für Frauen zu schaffen.

Besonders wichtig für Frauen sind vier Programmpunkte:

1. Wie schon im vergangenen Jahr gibt es Anschubfinanzierungen für Frauenbeschäftigungsprojekte: Beschäftigungsprojekte sind für Frauen eine Möglichkeit zum Qualifikationserhalt und -ausbau in Verbindung mit sinnvollen Tätigkeiten. Sie können eine Brücke in die Existenzgründung darstellen.

2. Die betriebliche Erstausbildung junger Frauen wird besonders gefördert: Eine qualifizierte Ausbildung in einem

zukunftsorientierten Beruf ist für Mädchen die Grundlage für einen auf Dauer zufriedenstellenden Berufsverlauf.

3. Arbeitgeber, die Frauen über 50 einstellen, erhalten einen Lohnkostenzuschuß: Diese besondere Förderung ist eine Reaktion auf die minimalen Vermittlungschancen älterer arbeitsloser Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

4. Kleine und mittelgroße Unternehmen erhalten finanzielle Förderung für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen (und Mitarbeiter): Berufliche Fortbildung ist nicht nur für Arbeitslose eine Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen. Betriebliche Fortbildungsprogramme können Qualifikation und Arbeitsmotivation von Beschäftigten verbessern und ihnen Aufstiegschancen innerhalb (und außerhalb) des Unternehmens eröffnen.

5. Schaffung von Arbeitsplätzen für Sozialhilfeempfängerinnen: Diese Förderung soll verhindern helfen, daß Langzeitarbeitslosigkeit mit ihren negativen Folgen für Qualifikation, psychische und soziale Situation sich in Brandenburg ausbreitet.

Bei der Umsetzung des Programms und der Überprüfung seiner Wirksamkeit wird sorgfältig darauf geachtet werden, ob es in seinen einzelnen Punkten jeweils in angemessener Weise Frauen zugute kommt.

**Weitere Informationen: MASGF, Referat II/3 (Tel. 36-384).**

gen gestellt werden, und - falls dies der Fall ist - Änderungen zu bewirken.

Frauen, die bei der Arbeitsuche innerhalb eines Bewerbungsverfahrens im Vergleich zu Männern diskriminiert werden, melden sich bitte bei den örtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

**Steht keine Ansprechpartnerin auf dieser Ebene zur Verfügung, bitte Information an das MASGF, Tel.: Potsdam 36-394 oder 36-822.**

## Galerie für Künstlerinnen

Die Berliner Kunstgalerie "Galeere 222" vergibt für dieses Jahr noch Ausstellungstermine, vorzugsweise für Malerinnen, Bildhauerinnen, Keramikerinnen und Fotografinnen.

Anfragen können gerichtet werden an: Galerie Galeere 222, Finnländische Straße 15, O-1071 Berlin. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 16 bis 20 Uhr. Für telefonische Anfragen: Berlin 4364048.

## Projektgruppe OWEN: Kooperation von Frauen aus Ost und West

Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der Ostblockstaaten und ihre Bemühungen um den möglichst schnellen Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen haben die Perspektive für ganz Europa grundlegend verändert. Die Projektgruppe "Ost-West-Europäisches Frauennetzwerk" (OWEN) beabsichtigt, den schrittweisen Aufbau produktiver Zusammenhänge zwischen den europäischen Ländern in Gang zu setzen und eine gemeinsame Entwicklung neuer Wirtschafts- und Lebenszusammenhänge zu initiieren.

### Schwerpunkt: Osteuropa

Deutlich erkennbar ist schon jetzt, daß Frauen von den ökonomischen und politischen Umbrüchen in besonderer Weise betroffen sind. Frauen werden jetzt aufgrund der extremen Arbeitsmarktsituation in den osteuropäischen Ländern sozusagen über Nacht, in den westeuropäischen Ländern zunehmend, schnell und langfristig in Arbeitslosigkeit oder unsichere, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse gedrängt. Damit verbunden ist der Verlust der ökonomischen und sozialen Unabhängigkeit vom Staat und vom männlichen Partner - der Verlust einer eigenständigen Lebensperspektive.

OWEN hat sich zum Ziel gesetzt, durch das Knüpfen kommunikativer und kooperativer Beziehungen zwischen Frauen aus Ost- und Westeuropa gemeinsam neue Ansätze und Wege für die ökonomische und soziale Emanzipation von Frauen zu finden.

### Arbeitsschwerpunkte der Projektgruppe

Einen Weg, um dieses Ziel zu erreichen, sieht die Gruppe in der Organisation und Durchführung von Bildungs- und Informationsveranstaltungen, thematischen Konferenzen, workshops und Seminaren.

So wird für das Jahr 1993 ein Kongreß vorbereitet, der sich mit dem wachsenden Nationalismus und Neofaschismus im Zusammenhang mit dem Demokratiebegriff und -verständnis aus Frauentracht und spezieller Betroffenheit von Frauen auseinandersetzen wird.

Im Zusammenhang mit der Erschließung neuer Berufs- und Beschäftigungsfelder für Frauen will die Projektgruppe berufliche Qualifikationsoffensiven

erarbeiten. Eine Infothek und eine Bibliothek, die auch als öffentliches Dienstleistungsangebot nutzbar sein sollen, werden nach ihrer Fertigstellung zur wirksamen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe beitragen.

Möglichkeiten für interkulturelle Begegnungen von Frauen aus Ost- und Westeuropa sollen durch Ausstellungen, Lesungen, Theater- und Filmvorführungen geboten werden, als Stätte interkultureller Kommunikation ist ferner ein Frauencafé geplant.

### Gemeinsames Projekt Brandenburg - Polen

Ein Projekt, das die Ausbildung von arbeitslosen Akademikerinnen ab 40 Jahren aus Brandenburg und Polen zu Multiplikatorinnen für den Einsatz in Polen und der Bundesrepublik Deutschland vorsieht, ist bereits angelaufen. Mit dem von OWEN und dem MASGF getragenen Vorhaben sollen dieser beruflich hochmotivierten, aber auf dem Arbeitsmarkt chancenarmen Gruppe von Frauen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Projektdurchführung umfaßt *drei Phasen*:

Für das *2. Halbjahr 1992* ist der Aufbau von deutsch-polnischen Partnerschaftsstrukturen, die Bildung einer Arbeitsgruppe mit polnischen, ost- und westdeutschen Fachfrauen zur Erarbeitung eines Fortbildungscurriculums, die Erstellung des Finanzierungsplanes und das Auffinden geeigneter Bildungsträger und Projekte geplant.

Im *1. Halbjahr 1993* werden 15 bis 20 arbeitslose Akademikerinnen aus Brandenburg und Polen zu Ausbilderinnen fortgebildet. Ihr Einsatz in Polen

und Brandenburg ist dann für das *2. Halbjahr 1993* vorgesehen.

Das Projekt wird von der Brandenburgerin Elke Koll geleitet. Wichtige Kontakte mit entsprechenden deutschen, englischen und polnischen Partnerinneninstitutionen sind geknüpft.

Für Ende November 1992 wird im Rahmen eines workshops mit den beteiligten Frauen und mit erfolgreich arbeitenden Frauenunternehmen aus Deutschland und Westeuropa ein Erfahrungsaustausch vorbereitet. Auf dieser Veranstaltung soll auch das Konzept des Fortbildungsprogramms gemeinsam diskutiert werden.

*Adresse der Projektgruppe OWEN: Prenzlauer Allee 36, O-1055 Berlin, Tel.: 4200215/312; für Brandenburg: Elke Koll, Tel.: Erkner 5445 (privat).*

## OWEN-workshop

### Frauen, Medien und Manipulation

Im Juni d.J. trafen sich 35 Journalistinnen aus 17 europäischen Ländern auf Einladung von OWEN zum Erfahrungsaustausch.

Wie sehen Medienfrauen aus verschiedenen europäischen Regionen den Zusammenhang von Frauen, Medien und Manipulation?

Die Diskussion ergab sehr unterschiedliche Standpunkte und Lebenserfahrungen dazu, die jedoch - bei gegenseitiger Akzeptanz - als Widersprüche stehengelassen und nicht zugedeckt wurden.

Die Situationsberichte aus den osteuropäischen Ländern zu Veränderungen in den Strukturen und der inhaltlichen Orientierung der Medienarbeit gaben einen Einblick auch in die Lebenssituation der davon betroffenen Journalistinnen.

Weitere Schwerpunkte der Diskussion waren die Darstellung von Frauen in den Medien - als manipulierte Wirklichkeit und wirkliche Manipulation - und die Rolle von Frauen sowohl als Medienkonsumentinnen wie als -objekte. Die Themenpalette des ersten Teils der Veranstaltung wurde komplettiert durch Fragen des Selbstverständnisses von Journalistinnen - in der Schwankungsbreite von Solidarität und Konkurrenz.

Im zweiten Teil des Treffens tauschten sich die Teilnehmerinnen zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung, auch im Rahmen eines zu schaffenden ost-west-

europäischen Netzwerkes von Journalistinnen der verschiedenen Medien und der Zusammenarbeit mit OWEN, sowie zur Herausgabe eines ost-west-europäischen Informationsbulletins für Frauen aus.

Die Journalistinnen werden nach diesem Treffen Probleme der Frauen auch in anderen Ländern verstärkt zum Thema machen. Der workshop wurde zu einem Ausgangspunkt für weiterführende Arbeitskontakte, für den Austausch von Informationen und gegenseitige Unterstützung.

Beeindruckend war die Vorstellung und Beschreibung konkreter Frauenprojekte in Litauen und Albanien, die ohne jede finanzielle Unterstützung oder gesellschaftliche Anerkennung durch enorme Kraft und Beharrlichkeit der Frauen dort aufgebaut werden.

Der workshop unternahm erste praktische Schritte zu ihrer Unterstützung: Eine spontan durchgeführte Sammlung für einen Kopierer für das Frauen-Kultur-Zentrum in Tirana erbrachte 800 DM. Darüber hinaus wurde ein unterstützendes Anschreiben für eine Mädchenschule in Kaunas an den Staatsrat der Litauischen Republik gesandt.

## Wegweiser für Frauen

Die Abteilung Frauen und Gleichstellung des MASGF plant für den Herbst 1992 die Herausgabe eines "Wegweisers für Frauen" in Brandenburg. Er soll Frauen und Frauengruppen eine Orientierungshilfe in dieser Zeit des Wandels sein.

Das Informationsangebot reicht von der Frauenpolitik auf allen Ebenen über Beratungs- und Begegnungstätigkeiten für Frauen, Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Kontaktangebote für Familien und Frauen in Krisensituationen bis zu Bildungs- und Kulturofferten sowie Kontaktmöglichkeiten, um sich über Arbeitsvorhaben und Aktivitäten auszutauschen.

Die Broschüre soll jährlich neu herausgegeben werden. Wir erwarten viele interessante Zuschriften von Frauenprojekten, Frauenvereinen, Frauenzentren und anderen Aktivitäten.

## Frauenthemen in den Medien

Der ORB (Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg) bietet mehrere Frauensendungen an:

### Fernsehen

#### *Frauenmagazin "ungeschminkt"*

Sendezeit jeden 4. Montag im Monat, 21.45 Uhr

Das Magazin will ganz ungeschminkt Probleme, Konflikte, und Alltagserfahrungen von Frauen schildern, Lösungswege aufzeigen und Serviceleistungen anbieten.

"Ungeschminkt" ist ein Magazin für Frauen und von Frauen gemacht. Das Magazin ist offen für Anregungen, die Petra Seiler, Redakteurin der Sendung, unter Tel. Potsdam 723600, App. 255, gern entgegennimmt.

### Hörfunk

#### *Magazin "Frauenzimmer"*

Antenne Brandenburg, Ukw 99,7 MHz, MW 603 KHz; Sendezeit: vierwöchig sonntags (nächster Termin: 13. September 1992), 18.05 - 19 Uhr

Das Magazin soll ein Ort sein, an dem sich Frauen treffen, über ihre Sorgen, aber auch ihre Freuden sprechen können, hier soll diskutiert, es sollen aber auch Rat und Hilfe gegeben werden. Deshalb sind Anregungen und Wünsche dem "Frauenzimmer" besonders wichtig.

Gisela Pellert, Redakteurin und Moderatorin der Sendung, ist telefonisch erreichbar unter Potsdam 320 224; brieflich: ORB, Antenne Brandenburg, Red. "Frauenzimmer", Puschkinallee 4, O-1560 Potsdam

#### *Frauenmagazin "Außerhalb und mittendrin"*

Radio Brandenburg, Ukw 95,8 MHz; Sendezeit: wöchentlich samstags, 18.05 - 19 Uhr

Das Magazin versucht, die speziellen Interessen von Frauen, insbesondere im Land Brandenburg, aufzunehmen.

Anregungen und Vorschläge für das Frauenmagazin sind bei der verantwortlichen Redakteurin Bärbel Kicska, Tel. O-Berlin 55165227, und beim ORB, Radio Brandenburg, Postfach 11, O-1591 Potsdam, sehr willkommen.

## Fotoausstellung zur Lebenswelt von Frauen

Die Zeitschrift "Brigitte" stellt ihre Fotoausstellung "Reportagen" zur Lebenswelt der Frauen in allen Teilen der Welt den Gleichstellungsstellen für ihre Arbeit zur Verfügung.

Die Bilder dieser Arbeit sind im Format 60 x 80 cm gerahmt und mit spiegelfreiem Glas versehen. "Brigitte" übernimmt die Kosten für die Anlieferung und evtl. Zwischenlagerung.

Interessierte können sich wenden an Herrn Kirchner, Verlagsleitung BRIGITTE, Postfach 110011, 2000 Hamburg 11, Tel.: 040/3703-2116, Fax: 040/37035683.

## Frauenpolitischer Rat e.V. für Brandenburg gegründet

Am 7. März gründete sich in Potsdam der Frauenpolitische Rat e.V. Land Brandenburg. Gründungsmitglieder waren 21 brandenburgische Frauenvereinigungen (Frauenverbände und -vereine usw.) bzw. -gruppen gemischter Verbände, von Parteien usw.

Die Organe des Frauenpolitischen Rates sind die Mitgliederversammlung und der Sprecherinnenrat. Ihm gehören an: Fr. Behnisch (Evangelische Frauen- und Familienarbeit), Fr. Kleefeld (Schatzmeisterin - Frauenunion der CDU), Fr. Dr. Löbel (Demokratischer Frauenbund e.V. Land Brandenburg), Fr. Dr. Philipp (Arbeitslosenverband), Fr. Zimmermann (Landfrauenverein).

Der Frauenpolitische Rat Brandenburg arbeitet überparteilich und überkonfessionell. Kontakt: Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V., Mangerstr. 41, O-1561 Potsdam, Tel.: 23148.

## Beratung für Frauenverbände und -vereine

Aus dem Sonderprogramm für den Aufbau der Frauenverbandsarbeit in den neuen Bundesländern finanziert das Bundesministerium für Frauen und Jugend bis Ende 1993 eine Beratungsstelle des Deutschen Frauenrates im Land Brandenburg. Seit Mai 1992 werden Frauen zu Fragen der Vereinsgründung, Projektförderung etc. von einem Ost-West-Team fachkundig beraten. Bei Bedarf wenden Sie sich an Frau Aukslat und Frau Klein, Konsumhof 1-5, O-1590 Potsdam, Tel.: 77214.



FILME  
 von  
 Frauen  
 aus dem LAND  
 BRANDENBURG  
 17. MAI 92

